



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 1

Januar 1960

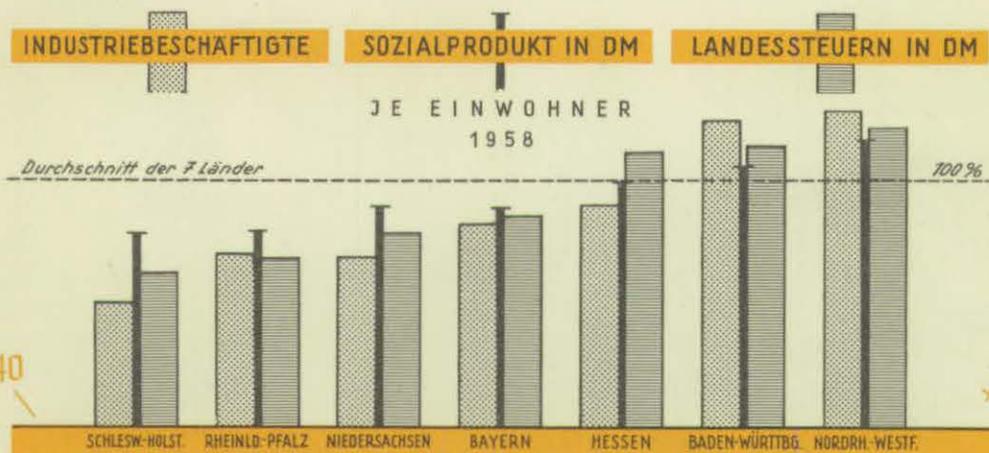
Aufsätze:

Verdienste in Industrie und Handel
Bilanzbild
Vermögensteuer
Bevölkerungsstand Ende 1958
Struktur der Studentenschaft 1948/1958

Kurzberichte:

Industrie-Kleinbetriebe
Konsumgenossenschaften
Öffentliche Jugendhilfe
Ehelösungen

Graphik des Monats: Sozialprodukt in den Bundesländern



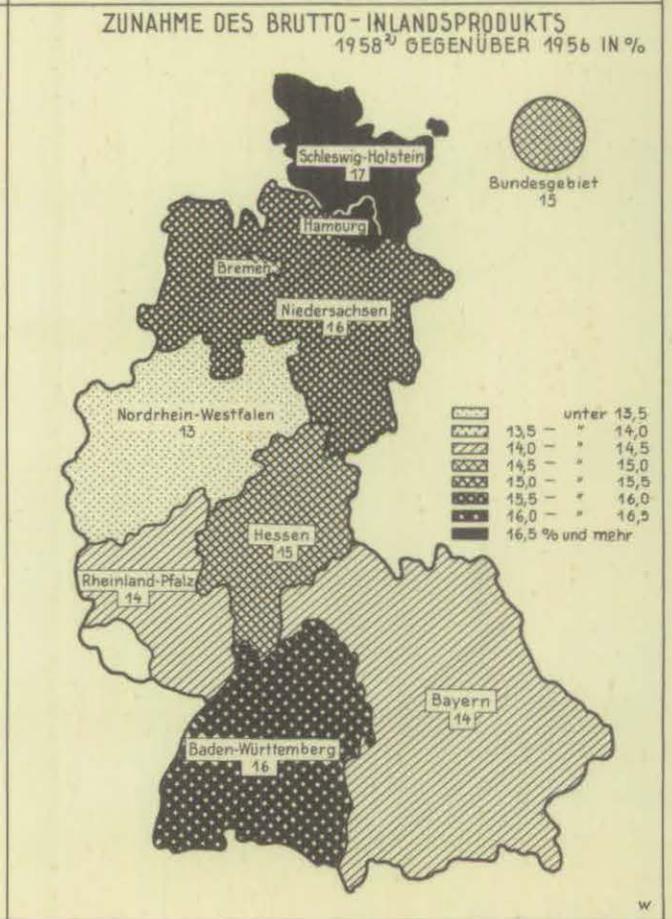
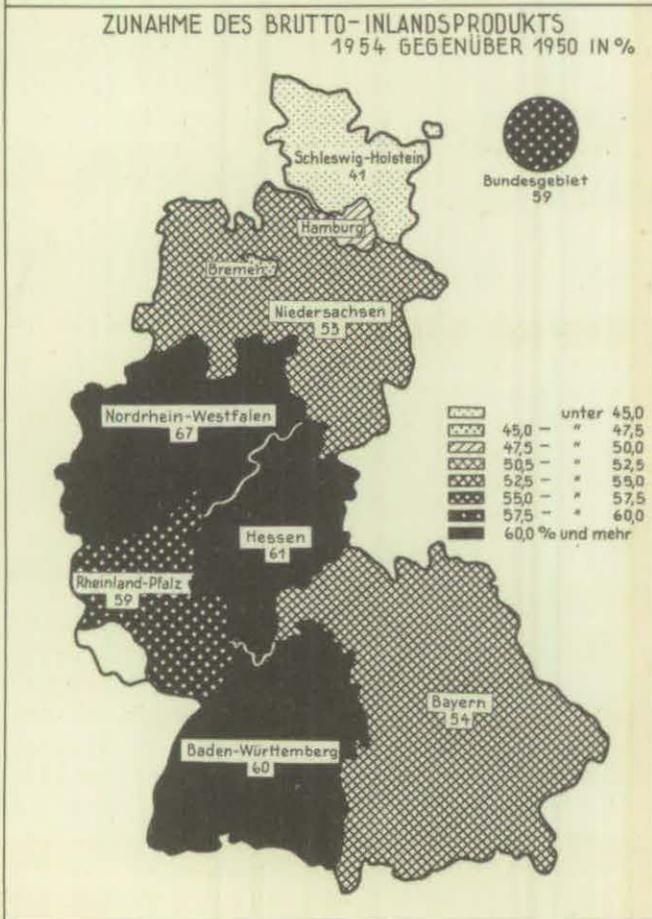
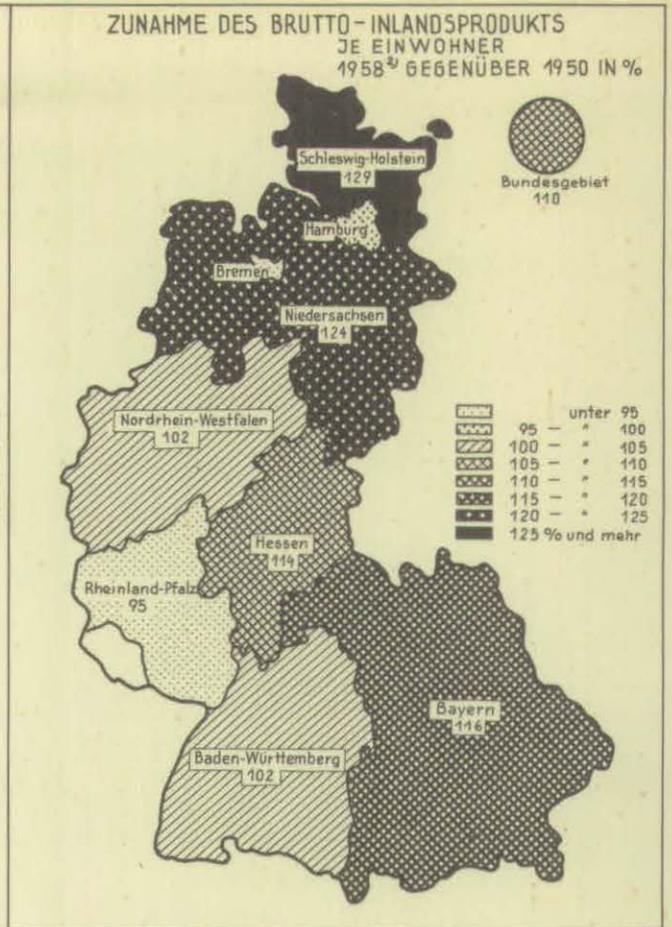
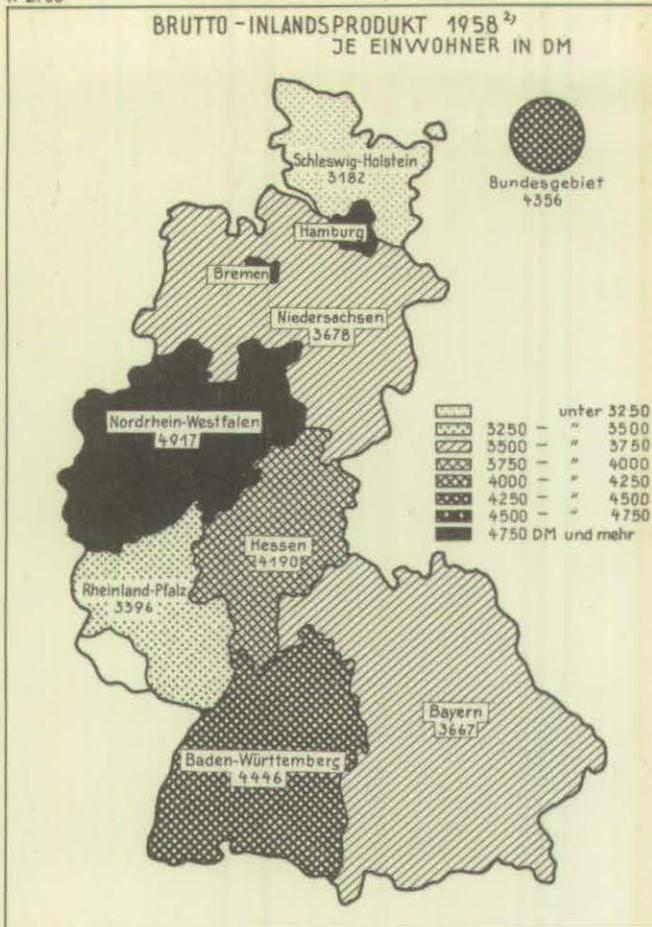
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DAS BRUTTO-INLANDSPRODUKT¹⁾ IM BUNDESGBEIT NACH LÄNDERN

X-2706

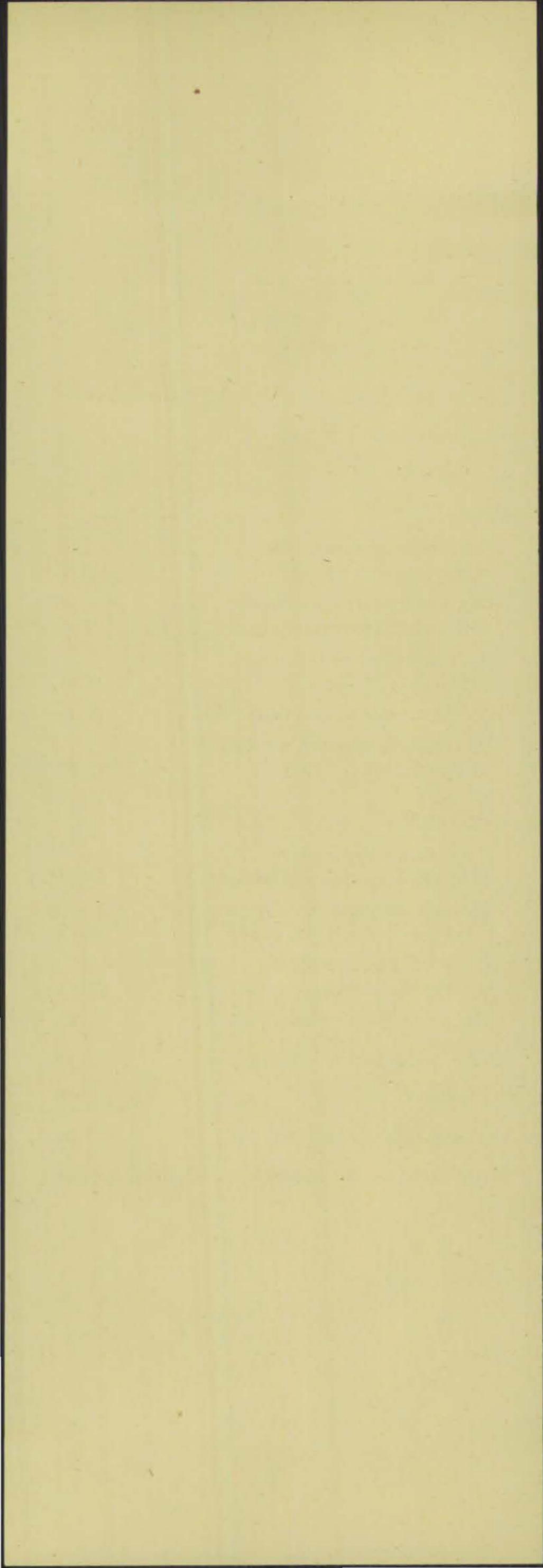


¹⁾ In jeweiligen Preisen - Von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt

²⁾ Vorläufige Ergebnisse

INHALT

Graphik des Monats	2. Umschlagseite
Aktuelle Auslese	1
Aus dem Inhalt	2-3
Aufsätze	
Die Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel	4-7
Das Bilanzbild der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein	7-11
Das steuerpflichtige Vermögen in Schleswig-Holstein	11-14
Der Bevölkerungsstand Ende 1958	14-16
Strukturveränderungen der Kieler Studentenschaft seit 1948	17-20
Kurzberichte	
Die Kleinbetriebe in der schleswig-holsteinischen Industrie	20-21
Die Konsumgenossenschaften in Schleswig-Holstein 1957-1958	21-23
Die öffentliche Jugendhilfe in Schleswig-Holstein	23-24
Die gerichtlichen Ehelösungen 1958	24
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	1*
Kreiszahlen	7*
Schleswig-Holstein im Bund	8*
Wirtschaftskurven A - allgemein -	3. Umschlagseite





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 1

Januar 1960

Aktuelle Auslese



NOCH 30 400 LAGERBEWOHNER

Ende September 1959 wurden in Schleswig-Holstein 338 Wohnlager gezählt. In diesen Lagern wohnten 30 400 Vertriebene, Zugewanderte, Evakuierte und Ausländer. Die Zahl der Lagerbewohner hat sich gegenüber dem 31. Dezember 1958 um 5 200 Personen (14,6%) verringert.

Der Anteil der Lagerbewohner an der schleswig-holsteinischen Bevölkerung betrug am 30. September 1959 1,3%. Dieser Anteil ist in den einzelnen Kreisen des Landes jedoch recht unterschiedlich und schwankt zwischen 3,1% und 0,2%. Weit über dem Landesdurchschnitt lag der Anteil der Lagerbevölkerung außer in den Städten Lübeck und Flensburg (je 3,1%) in den Landkreisen Eckernförde (3,1%) und Südtondern (2,9%).



ÜBER 100 MILLIONEN DM UMSATZ IM BAUHAUPTGEWERBE IN EINEM MONAT

Im Oktober 1959 überschritt der Umsatz im Bauhauptgewerbe mit 100,6 Mill. DM in Schleswig-Holstein erstmalig die 100-Millionen-Grenze.



ARBEITSFRIEDE IM JAHRE 1959

Im Jahre 1959 wurde in Schleswig-Holstein kaum gestreikt. Es gingen nur 384 Arbeitstage durch Streik verloren. In den nächst "friedlichen" Jahren 1953 und 1954 wurden 1 100 bzw. 1 057 Ausfalltage registriert. Dagegen fielen 1957 infolge des großen Metallarbeiterstreiks 2,3 Mill. Arbeitstage aus. Der durchschnittliche jährliche Ausfall für die Zeit von 1950 bis 1959 - ohne das aus dem Rahmen fallende Jahr 1957 - betrug rund 12 000 Arbeitstage.



HOHE ZUWACHSRATE BEI DEN SPAREINLAGEN

Der von den schleswig-holsteinischen Kreditinstituten ausgewiesene Bestand an Spareinlagen erhöhte sich vom 1. Januar bis zum 30. November 1959 um 203 Mill. DM (+ 19%) auf 1,3 Mrd. DM. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1958 betrug die Zunahme nur 153 Mill. DM (+ 18%).



DREI VIERTEL DER PH-STUDENTEN SIND FRAUEN

Im Wintersemester 1959/60 studieren an den Pädagogischen Hochschulen in Flensburg und Kiel insgesamt 867 Personen. Der Anteil der Frauen beträgt 74%.

560 SELBSTMORDE

Von den 1958 in Schleswig-Holstein rund 26 000 Gestorbenen schieden 560 (2%) freiwillig aus dem Leben. Gegenüber 1957 hat damit die Zahl der Selbstmorde um 8% zugenommen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Sterbefälle hat sich nicht geändert.



VERSTÄRKTER ABBAU DES PFERDEBESTANDES

Nach dem vorläufigen Viehzählungsergebnis war der Pferdebestand am 3. Dezember 1959 mit 58 000 Tieren um ein Fünftel kleiner als im Dezember 1958. Dagegen dehnte sich die Rinder- und hier vor allem Masttierhaltung weiter aus. Die Zahl der Kühe erhöhte sich um 4% auf 441 000. In der Schweinehaltung wurde mit insgesamt 1,3 Mill. Tieren der zu dieser Jahreszeit bisher höchste Stand nach dem Kriege erreicht.

Aus dem Inhalt

Die Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel

Seite 4

Der durchschnittliche Brutto-Stundenverdienst der männlichen Industriearbeiter (einschl. der Arbeiter im Baugewerbe) erhöhte sich von Mai 1958 bis Mai 1959 um 5,1% und der der weiblichen um 6,5%. Die Frauen erhielten im Mai 1959 im Durchschnitt 63,8% des Verdienstes der Männer. Dieser Verdienstunterschied ist vor allem auf die unterschiedliche Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Arbeiter nach Qualifikation, Lohnform und Alter zurückzuführen. - Die Stundenlöhne der ungelernten Männer und der angelernten und ungelerten Frauen erhöhten sich von Mai 1958 bis Mai 1959 stärker als die der übrigen Leistungsgruppen. Die männlichen Arbeiter der gutbezahlten Bereiche Energiewirtschaft und Investitionsgüterindustrien hatten in diesem Zeitraum die geringsten Lohnerhöhungen (+ 0,8% bzw. + 3,6%) aufzuweisen, während die Arbeiter in den weniger gut bezahlten Nahrungs- und Genußmittelindustrien die höchste Lohnzuwachsrate (+8,0%) zu verzeichnen hatten. Diese ungleiche branchenmäßige Lohnentwicklung führt zu einer Angleichung der Durchschnittsverdienste auf höherem Niveau. - Die bezahlte Wochenarbeitszeit der männlichen Industriearbeiter betrug im Mai 1959 48,1 Stunden, die der weiblichen 44,3 Stunden. Gegenüber Mai 1958 sind diese Arbeitszeiten fast unverändert geblieben. - Von Mai 1958 bis Mai 1959 erhöhte sich der Brutto-Monatsverdienst der männlichen Angestellten in Industrie (einschl. Baugewerbe) und Handel (einschl. Geld- und Versicherungswesen) um 5%, der der weiblichen um 2,9%. - Die technischen Angestellten hatten höhere Monatsverdienste als die kaufmännischen Angestellten. Im Mai 1959 verdienten die Techniker - nur Männer - in der Industrie durchschnittlich 714 DM brutto und im Handel 581 DM. Die kaufmännischen Angestellten hatten dagegen monatlich 612 DM bzw. 559 DM. Am besten verdienten die Techniker der Energiewirtschaft (802 DM).

Das Bilanzbild der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein

Seite 7

Die Ergebnisse der Einheitswertstatistik 1953 ermöglichen es, eine Gesamtbilanz der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein aufzustellen. Daraus lassen sich über die Vermögens- und Kapitalstruktur in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt sowie in deren Teilbereichen Aussagen gewinnen. - Die wichtigste Aussage ergibt sich aus dem Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme. Diese Relation belief sich am 1. Januar 1953 auf 43 zu 100, d. h. nicht ganz die Hälfte des Gesamtkapitals gehörte den

Eigentümern der Unternehmen. Die nicht minder wichtige Relation des Eigenkapitals (einschl. Dauerschulden) zum Anlagevermögen betrug 145 zu 100. Nicht nur das Anlagevermögen, sondern auch ein Teil des Umlaufvermögens wurde aus eigenen Mitteln und den langfristig zur Verfügung stehenden Fremdmitteln finanziert. - Von den insgesamt erfaßten gewerblichen Betrieben waren 95% Einzelunternehmen oder Personalgemeinschaften; an der Gesamtbilanzsumme der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins waren sie aber nur zur Hälfte beteiligt. Das Eigenkapital machte bei ihnen 46% der Bilanzsumme aus und überdeckte das Anlagevermögen stärker als bei den Körperschaften. - Bei den Körperschaften gehörten 42%, bei den Einzelunternehmern und den Personalgesellschaften nur 36% der Aktiva zum Anlagevermögen. Auch in den Anteilen der einzelnen Arten des Anlagevermögens an der Bilanzsumme zeigten sich Unterschiede. - In den Betrieben der Energiewirtschaft sowie in den Ziegeleien, Kieswerken u. ä. war das Anlagevermögen mit vier Fünfteln der Bilanzsumme der beherrschende Bilanzposten. Auch in den Dienstleistungsbereichen und in der Verkehrswirtschaft (ohne Bundesbahn und Bundespost) machte das Anlagevermögen etwa zwei Drittel der Bilanzsumme aus. Mit einem verhältnismäßig geringen Anlagevermögen arbeiteten die Betriebe der Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung. In den Bilanzen der Einzelhandelsunternehmen nahmen die Warenvorräte den ersten Platz ein. Im Großhandel war der Anteil der Forderungen besonders hoch. - In den Bankbilanzen spielt das Anlagevermögen eine untergeordnete Rolle (2%). Die Vermögensstruktur wird durch das Umlaufvermögen bestimmt. In der Bilanz der Versicherungswirtschaft sind die Finanzanlagen (Beteiligungen) ein wichtiger Aktivposten. Sie machten 1953 etwa ein Viertel der Bilanzsumme aus.

Das steuerpflichtige Vermögen in Schleswig-Holstein

Seite 11

Im Rahmen der Vermögensteuerstatistik 1953 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 25 200 Personen und Körperschaften mit steuerrechtlichem Vermögen ermittelt. Von den 23 700 natürlichen Personen waren fast 2 000 Ausländer. - Die unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen hatten ein Rohvermögen von 1,7 Mrd. DM. Das durchschnittliche Rohvermögen dieser Steuerpflichtigen belief sich auf knapp 80 000 DM, das Reinvermögen auf 51 000 DM. Nach Absetzung der Freibeträge, die im Durchschnitt 20 000 DM je Steuerpflichtigen betragen, verblieb ein steuerpflichtiges Vermögen von 31 000 DM je Steuerpflichtigen. Die effektive Steuerbelastung

der tatsächlich steuerzahlenden Personen machte 0,58% des Reinvermögens oder 0,87% des steuerpflichtigen Vermögens aus. - Nicht ganz die Hälfte der zur Vermögensteuer veranlagten 21 700 natürlichen Personen besaß ein Reinvermögen von weniger als 30 000 DM. Personen mit einem Reinvermögen von 20 000 bis unter 30 000 DM waren am häufigsten. Knapp 7% der Veranlagten hatten ein Vermögen von 100 000 DM und mehr. Auf sie entfielen jedoch 36% des insgesamt erfaßten Reinvermögens. - Das gesamte Rohvermögen setzte sich aus folgenden Vermögensarten zusammen: 33% land- und forstwirtschaftliches Vermögen, 31% Betriebsvermögen, knapp 20% Grundvermögen und ebenfalls fast 20% sonstiges Vermögen (hauptsächlich Kapitalvermögen). Bei einer durchschnittlichen Verschuldung aller unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen in Höhe von 35% des Rohvermögens machten bei den Steuerpflichtigen, deren hauptsächlich Vermögen aus land- und forstwirtschaftlichem bestand, die Schulden 44% des nominellen Rohvermögens aus. Die Verschuldung war mit 18% beim sonstigen Vermögen am niedrigsten. - Die 1 485 unbeschränkt steuerpflichtigen nicht natürlichen Personen (Körperschaften) wiesen ein Betriebsvermögen von 417 Mill. DM auf. Das durchschnittliche Betriebsvermögen der Körperschaften betrug 281 000 DM. Sie hatten im Durchschnitt 2 100 DM Vermögensteuer zu zahlen. - 60 Steuerpflichtige (4%), die jeweils 1 Mill. DM und mehr steuerpflichtiges Vermögen aufwiesen, waren am gesamten Reinvermögen mit etwa zwei Drittel beteiligt.

Der Bevölkerungsstand Ende 1958

Seite 14

Ende 1958 hatte Schleswig-Holstein rund 2 276 000 Einwohner, davon waren 1 067 000 männlich und 1 209 000 weiblich. Der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung betrug rund 28%. - Im Jahre 1958 wurden 34 400 Kinder lebend geboren. Die Geburtenziffer - Lebendgeborene auf 1 000 der Bevölkerung - betrug 15,2. Es starben im gleichen Jahr 26 100 Personen (Sterbeziffer: 11,5). - 1958 zogen 78 300 Personen nach Schleswig-Holstein zu, 75 200

verließen das Land. Der Wanderungsgewinn von insgesamt 3 100 Personen ergibt sich aus einem Wanderungsgewinn von 3 600 Personen bei den Männern und einem -verlust von 500 bei den Frauen. - Alle kreisfreien Städte (außer Kiel) und alle Landkreise hatten Ende 1958 mehr Einwohner als 1939.

Strukturveränderungen der Kieler Studentenschaft

seit 1948

Seite 17

Im Wintersemester 1958/59 studierten an der Universität Kiel 3 878 Personen. Davon waren 3 442 Deutsche und 436 Ausländer; das sind 172 deutsche Studierende mehr als im Wintersemester 1948/49 und fast doppelt soviel wie 1954/55, dem Wintersemester mit der zwischenzeitlich niedrigsten Zahl von deutschen Immatrikulierten. Von den Studierenden waren 1948/49 18% Frauen, 1958/59 dagegen 23%. - Die Altersgliederung der Studenten hat sich in den letzten 10 Jahren erheblich verändert. 1948/49 waren 48% der männlichen Immatrikulierten 25 Jahre und älter; im Wintersemester 1958/59 waren nur noch 21% der Studenten so alt. Von den Studentinnen waren 1948/49 31% im Alter von 25 und mehr Jahren, 1958/59 nur noch 14%. Die Veränderung im Altersaufbau bewirkte auch eine veränderte Gliederung nach dem Familienstand. Von 100 Studierenden waren 1948/49 85 ledig, im Winter 1958/59 dagegen 94. - 1948/49 waren die Medizinische Fakultät und die Philosophische Fakultät die am häufigsten besuchten Fakultäten. 1958/59 wurden die Philosophische Fakultät und die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät bevorzugt. - Im Wintersemester 1948/49 gaben 68% aller Studierenden an, daß ihr Vater keine abgeschlossene Hochschulbildung habe; 1958/59 waren nur noch die Väter von 60% aller Immatrikulierten Nichtakademiker. - Über die Hälfte der Studierenden hatte im Wintersemester 1958/59 Mittel der Eltern zur Verfügung, aus denen sie überwiegend die Kosten des Studiums bestritten. Fast ein Drittel studierte mit Hilfe öffentlicher Mittel. 1948/49 erhielten nur 6% aller Studierenden öffentliche Gelder.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung der Zahlen; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. \emptyset bedeutet Durchschnitt.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. Zeichen statt Zahlen bedeuten:

X = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches nicht möglich oder sinnlos

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt.

Die Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel

Die Verdienste der Industriearbeiter

Der durchschnittliche Brutto-Stundenverdienst der männlichen Industriearbeiter¹ erhöhte sich in Schleswig-Holstein von Mai 1958 bis Mai 1959 um 5,1% und der der weiblichen um 6,5%. Wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht, waren diese Verdienststeigerungen im Vergleich zu den früheren nur mittelmäßig. Die Zuwachsrate war seit drei bis vier Jahren nicht mehr so gering ausgefallen wie im Berichtszeitraum.

Tab. 1 Die Entwicklung der Industriearbeiterlöhne von 1952 - 1959

Mai	Industriearbeiter ¹			
	Männliche		Weibliche	
	Brutto-Stundenverdienst in DM	Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Dpf in %	Brutto-Stundenverdienst in DM	Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Dpf in %
1952	1,61	.	1,00	.
1953	1,72	11	1,05	5
1954	1,76	5	1,07	2
1955	1,89	13	1,14	7
1956	2,05	16	1,28	14
1957	2,25	21	1,38	10
1958	2,43	18	1,53	15
1959	2,55	12	1,63	10

1) einschl. der Arbeiter im Baugewerbe

Die relativ stärkere Lohnerhöhung bei den weiblichen Arbeitern verringerte den Lohnabstand der Frauen lediglich um einen Punkt. Im Mai 1958 lag der durchschnittliche Stundenverdienst der Frauen bei 62,9% und ein Jahr später bei 63,8% des Verdienstes der Männer. Im Mai 1952 hatte der Frauenlohn 62,1% des entsprechenden Männerlohnes betragen. Von den einmaligen Strukturhebungen² ist bekannt, daß dieser Lohnabstand außer durch echte Verdienstunterschiede vor allem durch die unterschiedliche Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Arbeiter nach Qualifikation, Lohnform und Alter bedingt ist.

Die im Berichtszeitraum festgestellte Lohnentwicklung verlief indessen sowohl bei den männlichen wie auch weiblichen Arbeitern nicht gleichmäßig. In Tabelle 2 ist ersichtlich, daß von den vierteljährlichen Verdiensterhöhungen - sofern im einzelnen überhaupt solche stattgefunden haben - die Steigerungen von Februar auf Mai 1959 bei weitem am größten waren. Dies Ergebnis kann jedoch nicht ohne weiteres als Beginn stärkerer Lohnanhebungen gewertet werden, es dürfte sich hierbei eher um saisonale Einflüsse handeln; die Verdienststeigerungen von Februar auf Mai waren bisher immer merklich ausgeprägter als in den übrigen Quartalen.

1) einschl. der Arbeiter im Baugewerbe

2) Statistik von Schleswig-Holstein 1955, Heft 16; Stat. Monatsh. S.-H. 1954, S. 174 (Mai); Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 132 (Juni), S. 164 (Juli) und S. 193 (August)

Tab. 2 Die Entwicklung der Brutto-Stundenverdienste in der Industrie von Mai 1958 - Mai 1959

	Mai	Aug.	Nov.	Febr.	Mai	Anstieg seit Mai 1958 in %
	1958		1959			
	DM					
Männliche Arbeiter						
Industrie (einschl. Baugewerbe) und zwar	2,43	2,46	2,48	2,49	2,55	5,1
Leistungsguppe 1	2,57	2,62	2,63	2,64	2,70	4,8
" 2	2,32	2,33	2,37	2,34	2,43	4,7
" 3	2,12	2,14	2,13	2,13	2,25	6,1
Energiewirtschaft	2,56	2,55	2,55	2,57	2,58	0,8
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	2,40	2,41	2,43	2,40	2,56	6,7
Investitionsgüterindustrien	2,49	2,51	2,51	2,57	2,58	3,6
Verbrauchsgüterindustrien	2,38	2,47	2,45	2,48	2,51	5,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	2,18	2,22	2,25	2,26	2,36	8,0
Baugewerbe	2,44	2,48	2,52	2,52	2,58	5,5
Weibliche Arbeiter						
Industrie (einschl. Baugewerbe) und zwar	1,53	1,54	1,57	1,59	1,63	6,5
Leistungsguppe 1	1,67	1,69	1,67	1,71	1,75	5,2
" 2	1,50	1,50	1,55	1,55	1,60	6,6
" 3	1,53	1,55	1,58	1,60	1,63	6,5
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1,56	1,63	1,64	1,64	1,66	6,6
Investitionsgüterindustrien	1,62	1,62	1,63	1,69	1,70	4,8
Verbrauchsgüterindustrien	1,50	1,54	1,58	1,56	1,60	6,2
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	1,48	1,47	1,50	1,53	1,61	8,8

Die Stundenlöhne der ungelerten Männer und der angelernten und ungelerten Frauen erhöhten sich im Berichtszeitraum merklich stärker als die der übrigen Leistungsgruppen. Am geringsten stiegen die Stundenverdienste der männlichen Fach- und angelernten Arbeiter.

In den einzelnen Wirtschafts-Hauptgruppen sind die Arbeiterverdienste unterschiedlich gestiegen. Die männlichen Arbeiter erfuhren in den Bereichen Energiewirtschaft und Investitionsgüterindustrien, die im Mai 1958 die höchsten Stundenlöhne zahlten, den geringsten Lohnanstieg, während sie in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien, die seit Bestehen der "Laufenden Verdienststatistik" das niedrigste Lohnniveau haben, die größte Zuwachsrate aufzuweisen hatten. Das Resultat dieser ungleichen branchenmäßigen Lohnentwicklung ist eine deutliche Angleichung der Durchschnittsverdienste auf höherem Niveau. Im Mai 1958 lag der Männerlohn in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien immerhin noch 15% unter dem in der Energiewirtschaft, im Mai 1959 hingegen nur noch 9%. Bei den weiblichen Arbeitern verlief die Entwicklung in ähnlicher Weise, wenn auch nicht so ausgeprägt.

Die nachstehende Aufstellung über die Brutto-Stundenverdienste der im Mai 1959 höchst- und

niedrigstbezahlten Arbeiter soll eine Vorstellung von der Streubreite der Durchschnittslöhne geben. Dabei muß berücksichtigt werden, daß es sich bei den folgenden Verdienstangaben auch noch um Mittelwerte der betreffenden Gruppen handelt. Es kamen also im einzelnen noch extremere Stundenlöhne vor als die hier aufgeführten.

Männliche Arbeiter	
LGr 1	
Papierherzeugung	3,17 DM
Druckereigewerbe	3,12 DM
Papierverarbeitung	2,86 DM
LGr 3	
Glasindustrie	1,57 DM
Holzverarbeitung	1,72 DM
Elektrotechnik	1,81 DM
Alle weiblichen Arbeiter ³	
Papierherzeugung	1,97 DM
Schiffbau	1,84 DM
Elektrotechnik	1,81 DM
Weibliche Arbeiter LGr 3	
Spinnerei und Garnbearbeitung	1,27 DM
Glasindustrie	1,33 DM
Obst- und Gemüseverarbeitung	1,36 DM

Die nebenstehende Abbildung spiegelt erstens die Rangfolge der Wirtschafts-Hauptgruppen hinsichtlich der in ihnen verdienten Brutto-Wochenlöhne wider und veranschaulicht zweitens die unterschiedlichen Lohnsteigerungen in diesen Bereichen. In den Investitions- und Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien lagen die Verdienste der männlichen und weiblichen Arbeiter im Mai 1959 am höchsten, in den Verbrauchsgüterindustrien und in der Energiewirtschaft am niedrigsten. Die Verdienstspannen

zwischen den einzelnen Bereichen waren allerdings infolge der bereits erwähnten Angleichung nur noch verhältnismäßig gering.

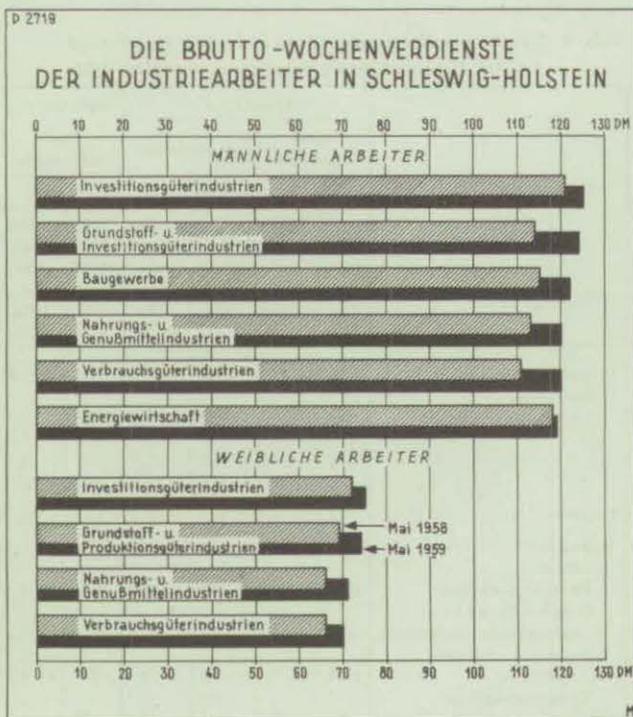
Die Arbeitszeiten in der Industrie

Das Arbeitseinkommen eines im Stundenlohn stehenden Arbeiters hängt außer von diesem auch von der Länge der Arbeitszeit ab. - Die bezahlte Wochenarbeitszeit der männlichen Industriearbeiter betrug im Mai 1959 48,1 Stunden, die der weiblichen 44,3 Stunden, Gegenüber Mai 1958 sind diese Zeiten fast unverändert geblieben. Da die männlichen Facharbeiter und angelernten Arbeiter im Schnitt mehr Überstunden machten als ihre ungelerten Kollegen, waren ihre bezahlten Arbeitszeiten entsprechend länger. Bei den weiblichen Arbeitern fiel dagegen die bezahlte Arbeitszeit in der höchsten Qualifikationsstufe kürzer aus als in den beiden unteren. - In den einzelnen Wirtschafts-Hauptbereichen waren die bezahlten Arbeitszeiten der Frauen etwa gleich lang; bei den Männern bestanden hierin jedoch bemerkenswerte Unterschiede. Die männlichen Arbeiter in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie hatten fast 51 bezahlte Wochenstunden aufzuweisen, die Bauarbeiter dagegen nur 47 Stunden.

Die geleistete Wochenarbeitszeit war bei den Männern und Frauen 6,5 Stunden kürzer als die entsprechende bezahlte. Diese lange bezahlte Ausfallzeit ist durch die drei gesetzlichen Feiertage (1. Mai, Himmelfahrt, Pfingstmontag) bedingt. Im Februar 1959 machte die bezahlte Ausfallzeit bei den Männern nur 0,8 Stunden und bei den Frauen nur 0,4 Stunden aus. Gegenüber Mai 1958 blieb die geleistete Wochenarbeitszeit der männlichen Arbeiter unverändert, die der weiblichen hat sich dagegen geringfügig verkürzt. Bei den Männern war die geleistete Wochenarbeitszeit in den einzelnen Qualifikationsstufen annähernd gleich lang, während die angelernten und ungelerten Frauen im Schnitt länger arbeiteten als ihre Kolleginnen in LGr 1.

Im Mai 1959 belief sich die wöchentliche Mehrarbeitszeit der männlichen Industriearbeiter auf 3,7 Stunden, die der weiblichen indessen nur auf eine Stunde. Gegenüber Mai 1958 hat sie bei den Männern wie auch Frauen um 0,3 Stunden zugenommen. Die Zunahme fiel bei den angelernten Arbeitern etwas stärker aus als bei den übrigen.

Die Facharbeiter machen im Schnitt mehr Überstunden als ihre angelernten und ungelerten Kollegen. Die bei weitem längsten Mehrarbeitszeiten wurden in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien und den Investitionsgüterindustrien ermittelt. Am wenigsten Überstunden leisteten die männlichen Arbeiter in der Energiewirtschaft und im Baugewerbe und die Frauen in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien.



3) Wegen ihrer geringen Anzahl lassen sich in den einzelnen Wirtschaftsgruppen für die weiblichen Facharbeiter allein keine statistisch gesicherten Durchschnittsverdienste berechnen

Tab. 3 Die Arbeitszeiten in der Industrie im Mai 1959 und ihre Veränderung gegenüber Mai 1958

Leistungsgruppe bzw. Wirtschafts-Hauptgruppe	Bezahlte		Geleistete		Mehrarbeitszeit je Woche	
	Wochenarbeitszeit					
	Mai 1959	Veränderung seit Mai 1958	Mai 1959	Veränderung seit Mai 1958	Mai 1959	Veränderung seit Mai 1958
	Stunden					
	Männliche Arbeiter					
Industrie (einschl. Baugewerbe) und zwar	48,1	+ 0,1	41,6	-	3,7	+ 0,3
Leistungsgruppe 1	48,3	-	41,5	- 0,2	3,9	+ 0,3
" 2	48,1	+ 0,2	41,7	+ 0,3	3,5	+ 0,4
" 3	47,7	+ 0,6	41,6	+ 0,2	3,0	-
Energiewirtschaft	46,2	-	38,7	- 1,2	1,4	-
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	48,4	+ 1,0	42,6	+ 1,0	3,7	+ 0,5
Investitionsgüterindustrien	48,6	- 0,2	40,9	- 0,5	5,2	+ 0,6
Verbrauchsgüterindustrien	47,6	+ 0,9	41,0	+ 1,4	3,1	+ 1,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	50,7	- 0,9	45,1	- 1,8	5,6	- 0,3
Baugewerbe	47,2	+ 0,1	41,3	- 0,1	1,9	-
	Weibliche Arbeiter					
Industrie und zwar	44,3	-	37,8	- 0,4	1,0	+ 0,3
Leistungsgruppe 1	43,8	- 2,0	36,7	- 3,0	1,1	+ 0,1
" 2	44,5	+ 1,0	38,0	+ 1,0	0,9	+ 0,4
" 3	44,2	- 0,4	37,8	- 0,9	0,9	+ 0,1
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	44,4	- 0,2	38,0	- 0,2	0,4	-
Investitionsgüterindustrien	44,5	- 0,2	37,3	- 1,2	0,9	+ 0,4
Verbrauchsgüterindustrien	44,0	+ 0,2	37,7	+ 0,4	0,8	+ 0,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	44,5	- 0,3	38,7	- 0,9	1,6	+ 0,1

Subtrahiert man von der bezahlten Wochenarbeitszeit die wöchentliche Mehrarbeitszeit, so erhält man die wöchentliche Normalarbeitszeit. Die Normalarbeitszeit der männlichen Arbeiter betrug im Mai 1959 44,4 Stunden, die der Frauen 43,3 Stunden. Im Mai 1957 machten die betreffenden Zeiten noch 45,3 und 44,0 Stunden aus. In zwei Jahren hat sich also die wöchentliche Normalarbeitszeit in der Industrie im Schnitt um etwa eine Stunde verkürzt. Die kürzere Wochenarbeitszeit der weiblichen Arbeiter hängt mit gewerbepolizeilichen Schutzvorschriften, die in bestimmten Fällen die tägliche Arbeitszeit der Frauen begrenzen, zusammen.

Die Angestelltengehälter

Von Mai 1958 bis Mai 1959 erhöhte sich der Brutto-Monatsverdienst der männlichen Angestellten in Industrie⁴ und Handel⁵ um 5%, der der weiblichen indessen um nur 2,9%. Im Vorjahr war das Gehalt der Männer um 6,2% und das der Frauen sogar um 6,5% gestiegen. Demnach steigerten die Angestellten - genauso wie die Industriearbeiter - ihre Bruttoverdienste im Berichtszeitraum relativ geringer als im Vorjahr.

4) einschl. Baugewerbe

5) einschl. Geld- und Versicherungswesen

Die männlichen kaufmännischen Angestellten vergrößerten ihr Durchschnittsgehalt um 29 DM und die männlichen technischen um 26 DM. Wegen des höheren Verdienstniveaus der "Techniker" lag aber deren prozentuale Gehaltserhöhung merklich unter der ihrer kaufmännischen Kollegen (vergleiche Tabelle 4). Der Bruttoverdienst der weiblichen kaufmännischen Angestellten erhöhte sich im Berichtszeitraum um 9 DM, der der technischen sogar um 20 DM. Im Mai 1959 verdienten die weiblichen technischen Angestellten im Schnitt 399 DM. Da wegen ihrer geringen zahlenmäßigen Bedeutung (nur 2% aller erfaßten Angestellten) Durchschnittsangaben in den Untergruppen statistisch nicht mehr gesichert wären, wurde in Tabelle 4 auf die Darstellung ihrer Verdienste verzichtet.

In der Industrie hoben sich die Gehälter der kaufmännischen Angestellten stärker an als die der technischen, im Handel war das Ergebnis umgekehrt; dies galt sowohl für die Männer als auch für die Frauen.

Bei allen drei Angestelltenkategorien haben sich die Gehälter in den einzelnen Leistungsgruppen recht unterschiedlich entwickelt. Abgesehen von den weiblichen kaufmännischen Angestellten in LGr V haben zwar alle übrigen 11 Untergruppen ihre Brutto-Monatsgehälter steigern können, aber die Zuwachsraten weisen zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Die am wenigsten qualifizierten männlichen kaufmännischen Angestellten hatten einen merklich geringeren Verdienstanstieg zu verzeichnen als ihre übrigen Kollegen. Bei den "Technikern" ergab sich das

Tab. 4 Die Angestelltengehälter in Industrie und Handel im Mai 1959 und ihre Veränderung seit Mai 1958

	Männliche				Weibliche	
	kaufmännische		technische		kaufmännische	
	Angestellte					
	Mai 1959 in DM	Veränderung seit Mai 1958 in %	Mai 1959 in DM	Veränderung seit Mai 1958 in %	Mai 1959 in DM	Veränderung seit Mai 1958 in %
Industrie ¹ und Handel ² und zwar	575	+ 5,3	708	+ 3,8	352	+ 2,6
Leistungsgruppe II	811	+ 3,7	917	+ 4,8	652	+ 8,5
" III	636	+ 4,8	708	+ 1,7	460	+ 3,4
" IV	423	+ 3,9	553	+ 5,9	326	+ 3,5
" V	373	+ 2,5	414	+ 6,2	301	- 1,3
Handel ²	559	+ 4,9	581	+ 25,2	335	+ 2,1
Industrie ¹ darunter	612	+ 6,3	714	+ 2,6	394	+ 5,1
Energiewirtschaft	628	+ 6,6	802	+ 5,4	437	+ 9,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	606	+ 7,4	717	+ 4,4	409	+ 6,2
Investitionsgüterindustrien	614	+ 5,1	698	+ 0,7	407	+ 3,0
Verbrauchsgüterindustrien	650	+ 10,9	691	+ 6,1	377	+ 5,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	593	+ 5,7	667	- 0,3	378	+ 5,6
Baugewerbe	585	+ 0,5	779	+ 7,6	378	+ 8,3

1) einschl. Baugewerbe 2) einschl. Geld- und Versicherungswesen

entgegengesetzte Bild, hier erhöhten sich die Monatsverdienste in den beiden unteren Qualifikationsstufen stärker als in den beiden oberen. Bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten war die Zuwachsrate in LGr II mehr als doppelt so groß wie in den Gruppen III und IV. In der untersten Qualifikationsstufe hat sich das Durchschnittsgehalt sogar geringfügig vermindert. - Dieser Rückgang ist durch eine Änderung der Angestelltenstruktur innerhalb der Leistungsgruppe V bedingt. In jeder Periode steigen besser qualifizierte und besser bezahlte Kräfte in die nächst höhere Leistungsgruppe auf und weniger qualifizierte und niedriger bezahlte Kräfte rücken nach. Im Berichtszeitraum sind verhältnismäßig viel weibliche kaufmännische Angestellte von LGr V nach LGr IV aufgestiegen. Dieser Verlust an relativ besser bezahlten Frauen hat dazu beigetragen, daß das Durchschnittsgehalt der in LGr V verbleibenden Frauen kleiner ausfiel als im Vorjahr. - Infolge dieser gegenläufigen Bewegung haben sich die Frauengehälter im Berichtszeitraum stärker differenziert, wie aus folgender Gegenüberstellung hervorgeht:

Verdienstabstand	Mai 1958	Mai 1959
Von LGr III zu II	+ 35,1 %	+ 41,7 %
" " IV zu III	+ 41,3 %	+ 41,1 %
" " V zu IV	+ 3,3 %	+ 8,3 %

Auch in den einzelnen Wirtschafts-Hauptgruppen haben sich die Gehälter aller drei Ange-

stelltenkategorien in recht unterschiedlichem Ausmaß erhöht. Bei den männlichen kaufmännischen Angestellten fällt der starke Anstieg in den Verbrauchsgüterindustrien und der verschwindend geringe im Baugewerbe auf. Dagegen erhöhte sich das Gehalt bei den männlichen technischen Angestellten am meisten im Handel, in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien stagnierte es sogar. Die auffallend große Zuwachsrate der "Techniker" im Handel ist zum Teil durch eine Änderung ihrer Zusammensetzung hinsichtlich der Qualifikation erfolgt; im Berichtszeitraum hat sich der Anteil der besser qualifizierten Angestellten zulasten der weniger qualifizierten vergrößert. Die weiblichen kaufmännischen Angestellten erzielten die stärkste Gehaltserhöhung in der Energiewirtschaft und die geringste in den Investitionsgüterindustrien.

Von den einzelnen Wirtschaftsgruppen wurden die höchsten Männergehälter in der Elektrotechnik und die niedrigsten im Einzelhandel bezahlt, die höchsten Frauengehälter wurden in der Eisen- und Stahlindustrie und die niedrigsten auch im Einzelhandel sowie im Ein- und Ausfuhrhandel verdient.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Die Arbeiterverdienste in der Industrie im Mai 1959" und "Die Angestelltenverdienste in Industrie und Handel im Mai 1959" in *Wirtschaft und Statistik* 1959, S. 450 (August) bzw. S. 518 (September)

Das Bilanzbild der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein

- Ergebnisse der Einheitswertstatistik 1953 -

Die Ergebnisse der Einheitswertstatistik 1953 sind zwar in ihren absoluten Werten nicht mehr aktuell; sie dürften sich seit dem Stichtag (1. 1. 1953) in mehr oder weniger großem Ausmaß verändert haben. Da sich jedoch aus der Technik der Wertfeststellung (Einheitswertbescheid) sämtliche maßgeblichen Bilanzposten des Betriebsvermögens ergeben, ist es möglich, eine Gesamtbilanz der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein aufzustellen. Daraus lassen sich dann über die Vermögens- und Kapitalstruktur in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt sowie in deren Teilbereichen Aussagen gewinnen. Die Bilanzrelationen (z. B. Verhältnis von Anlage- zu Umlaufvermögen, von Eigenkapital zu Anlagevermögen u. ä.) haben auch dann noch einen hohen Erkenntniswert, wenn sie nicht auf einen gegenwärtigen Zeitpunkt bezogen sind, da anzunehmen ist, daß sie sich im Zeitablauf weniger stark verändern als andere wirtschaftliche Größen, wie z. B. die Umsätze. Bis-

lang konnten nur für einen kleinen Teil der Unternehmen, nämlich die Aktiengesellschaften, Bilanzrelationen ermittelt werden, und diese waren nicht regional aufgegliedert¹.

Die Aktivseite der Bilanz gliedert sich in Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Maschinen u. ä. Sachanlagen sowie Finanzanlagen) und Umlaufvermögen (Bargeld, Bankguthaben, Forderungen, Vorräte an Waren, Rohstoffen u. ä.). Diesen Vermögensteilen stehen die Schulden (Passiva) gegenüber. Sie gliedern sich in Fremdkapital, das sind kurz- oder langfristige Schulden des Unternehmens gegenüber unternehmensfremden Gläubigern, und Eigenkapital, das bilanzmäßig als Verbindlichkeit des Unternehmens an den oder die Unternehmer ausgewiesen wird.

1) "Die Abschlüsse der Aktiengesellschaften für das Geschäftsjahr 1952 und 1953" in: *Statistik der Bundesrepublik Deutschland*, Band 131. Ferner für die Geschäftsjahre 1954, 1955, 1956 in Band 150, 180, 204 der o.a. Veröffentlichungsreihe

Die Bilanzrelationen für alle Wirtschaftsbereiche²

Die wichtigste Aussage über die finanzielle Struktur der gewerblichen Wirtschaft ergibt sich aus dem Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme. Diese Relation belief sich am 1.1.1953 auf 43 zu 100, d.h. nicht ganz die Hälfte des Gesamtkapitals gehörte den Eigentümern der Unternehmen. Im Bund war diese Relation noch etwas günstiger (49 : 100). Die nicht minder wichtige Relation des Eigenkapitals zum Anlagevermögen betrug 112 zu 100. Rechnet man die Dauerschulden dazu, die betriebswirtschaftlich eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Eigenkapital haben, da sie auch langfristig zur Finanzierung des Vermögens verwendet werden, dann war das Verhältnis noch günstiger, nämlich 145 zu 100. Nicht nur das Anlagevermögen, sondern auch ein Teil des Umlaufvermögens wurde aus eigenen Mitteln und den langfristig zur Verfügung stehenden Fremdmitteln finanziert.

Das Eigenkapital reichte also gut zur Finanzierung des Anlagevermögens aus. Die häufig geäußerte Befürchtung einer Unterkapitalisierung der Unternehmen ist für die in der Einheitswertstatistik 1953 erfaßten Unternehmen im allgemeinen nicht begründet. Sieht man die Dauerschulden als bedingtes Eigenkapital an, dann wurde auch noch der größte Teil der Vorräte durch langfristige Mittel gedeckt.

Bei der Bewertung der Aktiva sind zumindest für die Betriebsgrundstücke erheblich unter dem jetzigen Verkehrswert liegende Beträge eingesetzt, da die Preis- und Wertverhältnisse am 1.1.1935 für die Bewertung der Grundstücke maßgebend waren. Eine Anpassung an die veränderten Preisverhältnisse ist kaum vorgenommen worden. Würde diese Unterbewertung ausgeschaltet, dann hätte das wegen der nominal gebundenen Schulden (Fremdkapital) lediglich eine absolute sowie relative Erhöhung des Eigenkapitals zur Folge. Für die Aktiengesellschaften können daher die weit über pari liegenden Kurswerte als eine Bestätigung der Tatsache gelten, daß der innere Substanzwert des Eigenkapitals der Unternehmen offensichtlich erheblich höher ist als der bilanzmäßig ausgewiesene Nominalwert.

Von den insgesamt erfaßten gewerblichen Betrieben waren 95% Einzelunternehmen oder Personengesellschaften; an der Gesamtbilanzsumme der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins (3,1 Mrd. DM) waren sie aber nur zur Hälfte beteiligt. Das Eigenkapital machte bei ihnen 46% der Bilanzsumme aus und überdeckte das Anlagevermögen stärker als bei den Körperschaften. Rechnet man auch hier die Dauerschulden als bedingtes Eigenkapital dazu, dann wurde außer dem Anlagevermögen auch noch der größte Teil der Vorräte mit langfristigen Mitteln finanziert. Bei diesem Vergleich muß

Tab. 1 Vermögen und Schulden der gewerblichen Betriebe¹ nach Unternehmensarten am 1.1.1953

Bilanzposten	Gewerbliche Betriebe					
	insgesamt		davon			
			Körperschaften		Einzelunternehmer und Personengesellschaften ²	
	in Mill. DM	in %	in Mill. DM	in %	in Mill. DM	in %
Aktiva	3 067	100	1 508	100	1 558	100
1. Anlagevermögen						
Inländische Betriebsgrundstücke	340	11	118	8	221	14
Maschinen und maschinelle Anlagen	345	11	235	16	110	7
Sonstige Sachanlagen	446	15	240	16	206	13
Gewerbeberechtigungen	8	0	0	0	7	0
Sonstige Finanzanlagen	44	1	35	2	9	1
zusammen	1 183	39	628	42	555	36
2. Umlaufvermögen						
Vorratsvermögen	761	25	345	23	416	27
Sonstiges Umlaufvermögen	1 123	37	535	35	588	38
zusammen	1 883	61	880	58	1 004	64
Passiva	3 067	100	1 508	100	1 558	100
1. Eigenkapital						
Einheitswert	1 314	43	600	40	714	46
Schachtelbeteiligungen	12	0	12	1	-	-
zusammen	1 326	43	612	41	714	46
2. Fremdkapital						
Kreditgewinnabgabe	19	1	7	0	13	1
Sonstige Dauerschulden	394	13	204	14	189	12
Übrige Schulden	1 327	43	685	45	642	41
zusammen	1 740	57	896	59	844	54

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften 2) offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften

2) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

jedoch berücksichtigt werden, daß bei den Einzelunternehmen und Personengesellschaften das Anlagevermögen einen kleineren Anteil an der Bilanzsumme ausmachte als bei den Körperschaften. Das ist leicht erklärlich, da die kapitalintensiven Unternehmen die Rechtsform der Aktiengesellschaft oder der Gesellschaft mbH bevorzugen.

Dieselbe Tatsache ist auch aus der unterschiedlichen Vermögensstruktur ersichtlich: Bei den Körperschaften gehörten 42%, bei den Einzelunternehmen und den Personengesellschaften nur 36% der Aktiva zum Anlagevermögen. Auch in den Anteilen der einzelnen Arten des Anlagevermögens an der Bilanzsumme zeigten sich Unterschiede: Die Betriebsgrundstücke wiesen bei den Körperschaften einen Anteil von 8% der Bilanzsumme auf gegenüber 14% bei den Einzelunternehmen. Die Maschinen und sonstigen Sachanlagen wären dagegen für die Bilanz der Körperschaften von größerer Bedeutung (31%) als für die der Einzelunternehmer (20%). Die Vorräte (27%) spielten bei den Einzelunternehmern eine etwas größere Rolle als bei den Körperschaften (23%). Im sonstigen Umlaufvermögen, das für alle Unternehmensarten zusammen reichlich ein Drittel der Bilanzsumme betrug, sind alle Forderungen³ enthalten, gleich in welcher Form sie bestanden. Über die kurzfristige Liquidität der Unternehmen können keine ins Einzelne gehende Angaben gemacht werden, da die Forderungen nicht nach ihrem Liquiditätsgrad aufgegliedert sind. Die Anteile der einzelnen Forderungsarten - wie Bargeld, Bankguthaben und Warenforderungen - an der Bilanzsumme oder am Umlaufvermögen lassen sich nicht feststellen. Es sind auch keine Rückschlüsse auf die Fristigkeit der im Umlaufvermögen enthaltenen - im allgemeinen kurz- bis mittelfristigen - Forderungen möglich. Um die kurz-

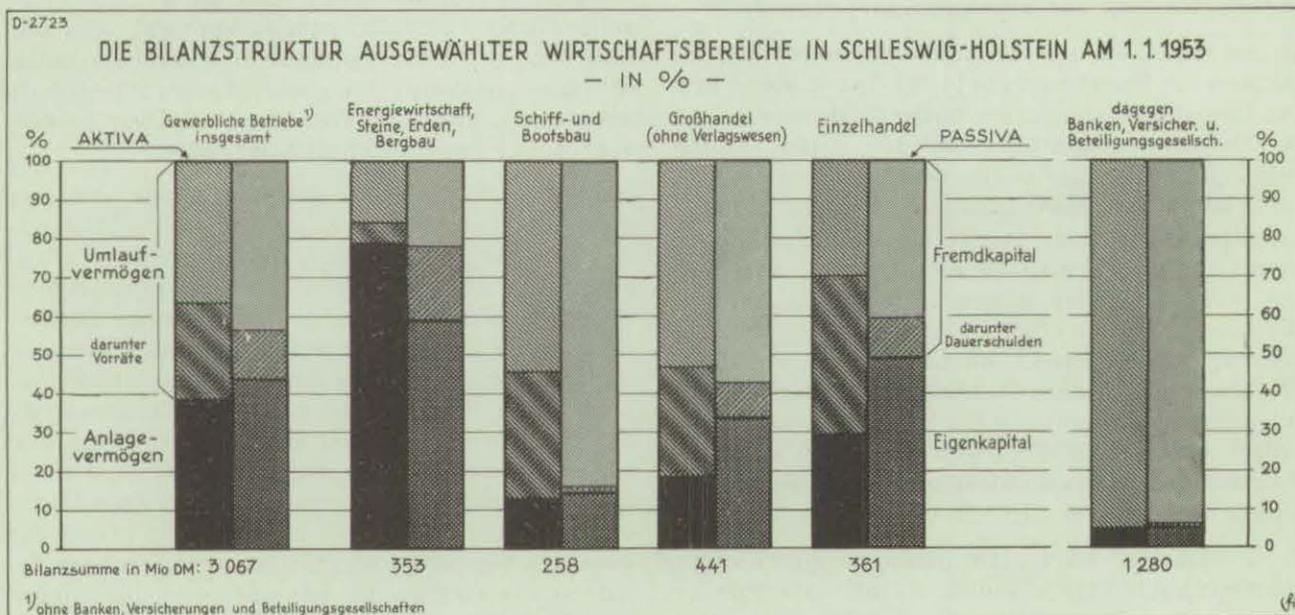
fristige Liquiditätslage der Betriebe einigermaßen erschöpfend beurteilen zu können, müßten selbstverständlich auch die im Fremdkapital enthaltenen übrigen Schulden, auf die etwas mehr als zwei Fünftel der Bilanzsumme entfielen, nach ihrer Fälligkeit genauer klassifiziert sein.

Die Bilanzstruktur ausgewählter Wirtschaftsbereiche

Die Vermögens- und Kapitalstruktur weicht in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, je nach der ökonomischen Eigenart des betreffenden Wirtschaftszweiges, mehr oder weniger stark vom Gesamtdurchschnitt ab. In erster Linie bestimmt das Anlagevermögen als reale Grundlage der Geschäftstätigkeit die Vermögensstruktur. In den Betrieben der Energiewirtschaft (E-Werke, Gas- und Wasserwerke) sowie in den Ziegeleien, Kieswerken u. ä. war das Anlagevermögen mit vier Fünfteln der Bilanzsumme der beherrschende Bilanzposten, während die Betriebe der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung die umgekehrte Vermögensstruktur aufwiesen; das Anlagevermögen beanspruchte hier nur 23% der Bilanzsumme.

Auch in den Dienstleistungsbereichen, das sind in der Hauptsache Wohnungsunternehmen, Hotels und Gaststätten sowie das Friseurgewerbe, ist die Vermögensstruktur durch einen weit über dem Durchschnitt liegenden Anteil des Anlagevermögens gekennzeichnet: Etwa sieben Zehntel der Bilanzsumme war hier Anlagevermögen, knapp die Hälfte (42%) entfiel allein auf Betriebsgrundstücke.

Eine ähnliche Bilanzstruktur gilt auch für die Verkehrswirtschaft (ohne Bundesbahn und Bundespost): Das Anlagevermögen machte hier knapp zwei Drittel der Bilanzsumme aus. Abweichend



3) dazu gehören Bargeld, Bankguthaben, Postscheckguthaben, Wertpapiere des Umlaufvermögens, Warenforderungen etc.

Tab. 2 Vermögen und Schulden der gewerblichen Betriebe nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

- Stand: 1. I. 1953 -

Bilanzposten	Gewerbliche Betriebe										dagegen: Banken, Ver- sicherungen und Beteili- gungs- gesell- schaften
	ins- gesamt ¹	darunter: ausgewählte Wirtschaftsbereiche									
		Energie- wirtschaft, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Bergbau	Eisen- und Metall- erzeu- gung und -verar- beitung	darunter Schiff- und Boots- bau	Verar- beitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metall- verar- beitung)	Bau- wirt- schaft	Groß- handel (ohne Verlags- wesen)	Einzel- handel	Dienst- lei- stungen ²	Verkehrswirtschaft	
in % der Bilanzsumme											
1. Anlagevermögen	39	79	23	13	36	31	18	29	69	63	4
darunter											
Betriebsgrundstücke	11	6	8	4	13	12	8	15	42	4	1
Maschinen und maschinelle Anlagen	11	38	10	5	13	8	2	1	4	12	0
2. Umlaufvermögen	61	21	77	87	64	69	82	71	31	37	96
darunter											
Vorräte	25	5	36	33	29	19	28	41	4	1	0
3. Eigenkapital	43	59	34	15	46	37	34	49	53	42	5
4. Fremdkapital	57	41	66	85	54	63	66	51	47	58	95
darunter											
Dauerschulden	13	19	5	1	11	11	9	10	19	40	1
Bilanzsumme in Mill. DM	3 067	353	652	258	675	132	441	361	145	225	1 280

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften 2) ohne Dienstleistungen im öffentlichen Interesse

war jedoch der geringe Anteil der Betriebsgrundstücke (4%) und der hohe Anteil der sonstigen Sachanlagen (44%). In diesem Bilanzposten dürften überwiegend Fahrzeuge, die in der Verkehrswirtschaft die sachliche Basis der Unternehmen bilden, ausgewiesen sein.

Mit einem verhältnismäßig geringen Anlagevermögen arbeiten die Werften. Sie hatten auch die niedrigste Eigenkapitalquote (15%) der hier dargestellten Wirtschaftsbereiche. Das Umlaufvermögen war mit 87% der Bilanzsumme überdurchschnittlich hoch: Die Vorräte an Rohstoffen, Hilfsstoffen u. ä. erreichten ein Drittel der Bilanzsumme, so daß etwas mehr als die Hälfte der Werftbilanz aus Forderungen bestand.

In den Bilanzen der Einzelhandelsunternehmen nahmen die Warenvorräte (41%) den ersten Platz ein. Überdurchschnittlich hoch (15%) waren auch die Betriebsgrundstücke an der Bilanzsumme beteiligt. Das dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß die meisten Einzelhandelsunternehmer ihr Geschäft auf eigenem Grundstück betreiben. Im Einzelhandel war auch das Verhältnis des Eigenkapitals zum Anlagevermögen überdurchschnittlich günstig. Das Anlagevermögen wurde durch das Eigenkapital reichlich überdeckt. Rechnet man die Dauerschulden zum Eigenkapital hinzu, dann wurden außer dem Anlagevermögen auch noch fast drei Viertel der Warenvorräte aus eigenen oder langfristig verfügbaren Mitteln finanziert.

Im Großhandel waren die Bilanzen durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Forderungen charakterisiert. Sie sind hinsichtlich

des Anteils der Forderungen mit den Bilanzen der Bauwirtschaft und der Werften vergleichbar, von deren Aktivposten die Forderungen ebenfalls mehr als die Hälfte ausmachten. Das Anlagevermögen (18%) blieb unter dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche und die Betriebsgrundstücke waren von verhältnismäßig geringerer Bedeutung als im Einzelhandel.

Die Bilanzstruktur der Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

Bei der Darstellung der Bilanzstruktur der gewerblichen Wirtschaft sind die Angaben für die Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften bewußt ausgeklammert worden, weil für diese Unternehmen die Bilanzrelationen so stark von denen der gewerblichen Wirtschaft abweichen, daß eine Zusammenfassung zu unechten Durchschnittsen geführt hätte.

In den Bankbilanzen spielt das Anlagevermögen eine untergeordnete Rolle (2%). Die Vermögensstruktur wird durch das Umlaufvermögen bestimmt, und zwar ausschließlich durch die im sonstigen Umlaufvermögen enthaltenen Debitoren. Das Eigenkapital der Banken hat eine andere Funktion als das der produzierenden Unternehmen, daher sind auch die Bilanzrelationen, wie sie sich für die Banken errechnen lassen, nicht unmittelbar mit den Bilanzrelationen anderer Unternehmen vergleichbar. Eine Übereinstimmung ergab sich jedoch hinsichtlich der Relation Eigenkapital zum Anlagevermögen insofern, als auch in den Bankbilanzen das Eigenkapital das Anlagevermögen überstieg. In Ver-

bindung mit den bereits eingangs erwähnten im allgemeinen günstigen Eigenkapitalverhältnissen der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein kann somit für den hier in Frage kommenden Zeitpunkt (1. 1. 1953) eine ausreichende Eigenkapitalbasis für alle hier erfaßten Betriebe festgestellt werden⁴. Die seit diesem Zeitpunkt eingetretenen Veränderungen in den Bilanzpositionen dürften bei der überwiegend günstig verlaufenen Entwicklung kaum zu einer Verschlechterung des Eigenkapitalanteils geführt haben.

Die Bilanz der Versicherungswirtschaft zeigt einige Besonderheiten: Die Finanzanlagen (Beteiligungen), die in allen anderen Wirtschaftsbereichen kaum Bedeutung haben, sind hier mit etwa einem Viertel der Bilanzsumme oder über 80% des Anlagevermögens ein gewichtiger Aktivposten.

Da für eine große Zahl kleiner und kleinster Gewerbebetriebe keine Feststellung des Einheitswertes des Betriebsvermögens vorgenommen wurde, weil sie weder gewerbsteuer- noch vermögenssteuerpflichtig waren, bleibt die Zahl der Betriebe mit Einheitswert (25 000) erheblich unter der Gesamtzahl der in Schleswig-Holstein vorhandenen Betriebe⁵. Es dürfte sich bei den fehlenden Unternehmen um solche handeln, die weniger anlageintensiv waren, z. B. Handelsunternehmen, soweit sie ihr Umlaufvermögen

4) Auf die spezielle Problematik des Eigenkapitals bei Banken kann hier nicht näher eingegangen werden

5) In der Umsatzsteuerstatistik 1954 wurden 86 000 nichtlandwirtschaftliche Steuerpflichtige ermittelt, darunter 40 000 Steuerpflichtige mit weniger als 20 000 DM Jahresumsatz

gen mit Krediten finanzierten, Reparaturhandwerker u. ä. Trotz der erheblichen Unvollständigkeit in der Zahl der Betriebe repräsentieren die Angaben der Einheitswertstatistik den entscheidenden Teil der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins, da die fehlenden Gewerbebetriebe keine nennenswerten Bilanzsummen nachzuweisen haben.

Der Vollständigkeit halber werden noch einige weitere Zahlen angeführt: Am 1. 1. 1953 hatten 25 000 Steuerpflichtige (ohne Banken, Versicherungen) ein steuerliches Rohvermögen von etwas mehr als 3 Mrd. DM. Das durchschnittliche Rohvermögen betrug 123 000 DM. 23 000 Betriebe waren verschuldet, und zwar im Durchschnitt mit je 76 000 DM. Nur 8% der Betriebe wiesen keine Schulden auf. Nach Abzug von knapp 1,8 Mrd. DM Schulden ergab sich ein Reinvermögen von 1,3 Mrd. DM. Dieser Betrag entspricht dem Eigenkapital der schleswig-holsteinischen gewerblichen Betriebe, das waren nicht ganz 53 000 DM je Betrieb. Etwa jeder dritte Steuerpflichtige hatte ein Betriebsgrundstück. Bei einem (steuerlichen) Gesamtwert der Betriebsgrundstücke von 340 Mill. DM ergab das einen Wert von 38 700 DM je Betriebsgrundstück.

Die 409 Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften in Schleswig-Holstein wiesen eine Bilanzsumme von weiteren 1,3 Mrd. DM nach.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Die Bilanzstruktur gewerblicher Unternehmen" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 233 (Mai)

Das steuerpflichtige Vermögen in Schleswig-Holstein

Gesamtergebnis¹

In der seit 1935 erstmalig wieder durchgeführten Vermögensteuerstatistik wurden in Schleswig-Holstein am 1. 1. 1953 insgesamt 25 200 Personen und Körperschaften mit steuerrechtlichem Vermögen ermittelt. Von den 23 700 natürlichen Personen waren knapp 2 000 Ausländer, die nur mit ihrem in Schleswig-Holstein befindlichen Vermögen erfaßt wurden und daher einer beschränkten Steuerpflicht unterlagen.

Natürliche Personen

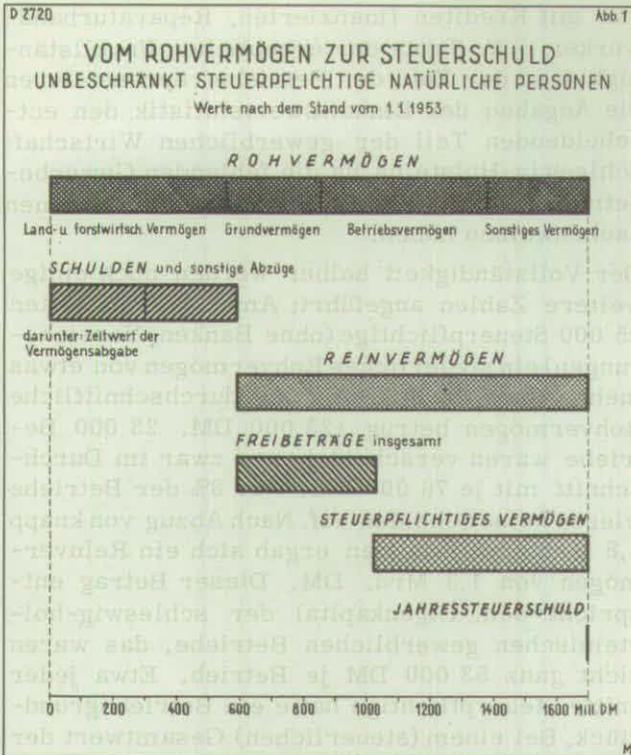
Die unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen hatten ein Rohvermögen von 1,7 Mrd. DM, das sich aus land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen und sonstigem Vermögen zusammensetzte. Das durchschnittliche Rohvermögen dieser Steuerpflichtigen belief sich auf knapp 80 000

Tab. 1 Gesamtzahl der veranlagten Vermögensteuerpflichtigen

	Steuerpflichtige	Gesamtvermögen ¹ oder Betriebsvermögen (Einheitswert)
	Anzahl	in Mill. DM
Natürliche Personen	23 671	1 433
davon unbeschränkt Steuerpflichtige	21 726	1 410
beschränkt Steuerpflichtige	1 945	23
Nicht natürliche Personen	1 500	418
davon unbeschränkt Steuerpflichtige	1 485	417
beschränkt Steuerpflichtige	15	1
insgesamt	25 171	1 852

1) vor Abzug der Vermögensabgabe und der rückständigen nicht anrechenbaren Soforthilfesonderabgabe, "Nv-Fälle" wurden 1953 nicht festgehalten

1) Die späte Veröffentlichung dieser Ergebnisse ist dadurch begründet, daß die Veranlagung zur Vermögensteuer 1953 spät begonnen und erst Anfang 1957 abgeschlossen wurde. Durch eine Reihe technischer Schwierigkeiten bei der Aufbereitung dieser komplizierten Statistik ergab sich eine weitere Verzögerung. Die Ergebnisse für 1957 werden bereits in Kürze veröffentlicht werden können



DM. Nach Abzug der Schulden stellte sich das entsprechende Reinvermögen auf 51 000 DM. Nur 2 000 (9%) der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen wiesen keine Schulden nach.

Das Gesamtvermögen (Reinvermögen) ist aber noch nicht Steuerbemessungsgrundlage; es wird

um die Freibeträge für den Steuerpflichtigen, für die Ehefrau, für die Kinder und wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit ermäßigt und auf volle 1 000 DM abgerundet. Somit errechnete sich nach Berücksichtigung der vorstehend angeführten Ermäßigungen, die im Durchschnitt 20 000 DM je Steuerpflichtigen betragen, ein steuerpflichtiges Vermögen von 31 000 DM je Steuerpflichtigen. Die gesamte Steuerschuld betrug knapp 6 Mill. DM, das waren 272 DM je unbeschränkt Steuerpflichtigen oder 326 DM, wenn man die Steuerbelastung sinnvollerweise nur auf die 18 200 tatsächlich steuerzahlenden Personen bezieht. Die effektive Steuerbelastung dieser Personen war daher mit 0,58% des Reinvermögens oder 0,87% des steuerpflichtigen Vermögens geringer als der Normalsatz von 1%, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß der Vermögensbetrag bis zur Höhe der Vermögensabgabeschuld nur mit 0,75% besteuert wird.

Vermögensschichtung

Der Vermögensschichtung der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen wurde das Gesamtvermögen zugrunde gelegt, das sich nach Abzug der Schulden vom Rohvermögen steuerrechtlich als Reinvermögen ergibt. Von den Schulden war mehr als die Hälfte durch den Lastenausgleich verursacht (Zeitwert der Vermögensabgabe: 299 Mill. DM, Hypothekengewinnabgabe: 51 Mill. DM).

Tab. 2 Gesamtvermögen und Steuerschuld der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

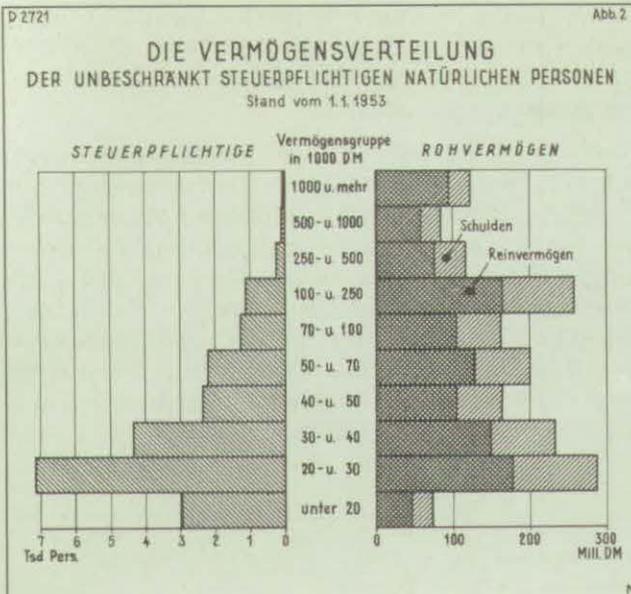
Vermögensgruppen ¹ in DM	Steuerpflichtige		Gesamtvermögen		Summe der Freibeträge		Jahressteuerschuld	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	in % des Gesamtvermögens	1 000 DM	in % des Gesamtvermögens
u. 20 000	2 967	14	46	4	39	84	84	0,18
20 000 b. u. 30 000	7 139	33	178	16	151	85	309	0,17
30 000 " " 40 000	4 323	20	149	13	93	63	459	0,31
40 000 " " 50 000	2 353	11	105	9	51	48	441	0,42
50 000 " " 70 000	2 208	10	130	12	48	37	680	0,52
70 000 " " 100 000	1 274	6	105	9	28	27	660	0,63
100 000 " " 250 000	1 114	5	165	15	24	15	1 231	0,75
250 000 " " 500 000	223	1	77	7	5	6	646	0,84
500 000 " " 1 Mill.	88	0	59	5	2	4	521	0,88
1 Mill. und mehr	37	0	96	9	1	1	884	0,92
insgesamt	21 726	100	1 110	100	442	40	5 915	0,53

1) Maßgebend für die Gliederung nach Vermögensgruppen ist die Höhe des Gesamtvermögens nach Abzug des Zeitwerts der Vermögensabgabe und der rückständigen Soforthilfesonderabgabe.

Nicht ganz die Hälfte der zur Vermögensteuer veranlagten 21 700 natürlichen Personen besaß ein Reinvermögen von weniger als 30 000 DM. Das war ein Fünftel des festgestellten Reinvermögens von insgesamt 1,1 Mrd. DM. Reinvermögen von 20 000 bis unter 30 000 DM waren am häufigsten. Etwa jeder Dritte hatte ein Vermögen dieser Größe. Mit steigender Vermögensgröße nimmt die Häufigkeit der Vermögen ständig ab. Vermögen von 100 000 DM und mehr wurden nur noch von knapp 7% der Veranlagten nachgewiesen. Auf sie entfielen jedoch 36% des

insgesamt erfaßten Reinvermögens. Bei 37 Steuerpflichtigen überstieg das Vermögen die Millionengrenze.

Die Freibeträge sind von den persönlichen Verhältnissen der Steuerpflichtigen (Familienstand, Kinderzahl, Alter u. ä.) abhängig. Sie haben verständlicherweise bei kleinen Vermögen ein weit stärkeres Gewicht als bei großen. Die proportionale Steuerbelastung in Höhe von 1% des steuerpflichtigen Vermögens wird dadurch zu einer progressiven Besteuerung des



Reinvermögens. Mit anderen Worten: der Eigentümer eines Reinvermögens zwischen 20 000

und 30 000 DM mußte je 1 000 DM Reinvermögen 1,70 DM Vermögensteuer zahlen, ein anderer, dessen Vermögen 1 Mill. DM überschritt, zahlte jedoch 9,20 DM je 1 000 DM.

Rohvermögen und Schulden

Vom Rohvermögen entfielen auf land- und forstwirtschaftliche Vermögen und Betriebsvermögen² etwa gleich große Teile, nämlich 33% und 31%. Das Grundvermögen und das sonstige Vermögen, das hauptsächlich aus Kapitalvermögen besteht, waren jeweils mit knapp 20% beteiligt. Soweit es sich um land- und forstwirtschaftliche Vermögen und Grundvermögen einschließlich Betriebsgrundstücke handelt, sind die Werte, wie sie für die Einheitswertfeststellung am 1. 1. 1935 maßgebend waren, angesetzt worden³. Das Betriebsvermögen und das sonstige Vermögen war nach den allgemeinen und besonderen Bewertungsvorschriften nach dem Stand vom 1. 1. 1953 anzusetzen.

Tab. 3 Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen nach überwiegenden Vermögensarten

Vermögensart	Zahl der Steuerpflichtigen	Rohvermögen insgesamt	darunter			Schulden und sonstige Abzüge insgesamt	Gesamtvermögen
			Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	Grundvermögen	Betriebsvermögen ¹		
in Mill. DM							
Überwiegend land- und forstwirtschaftliches Vermögen	8 181	639	537	20	6	284	355
Überwiegend Grundvermögen	5 583	359	7	216	31	118	241
Überwiegend Betriebsvermögen	6 618	644	11	61	490	177	467
nur: Sonstiges Vermögen	1 344	57	-	-	-	10	47
Insgesamt	21 726	1 699	555	298	528	589	1 110

1) Außerdem Minusbeträge beim Betriebsvermögen (97 Fälle mit 841 000 DM), beim Betriebsvermögen mit 0,- DM angesetzt

Bei einer durchschnittlichen Verschuldung aller unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen in Höhe von 35% des Rohvermögens machten bei den Steuerpflichtigen, deren hauptsächliches Vermögen aus land- und forstwirtschaftlichem bestand, die Schulden 44% des nominellen Rohvermögens aus. Die Verschuldung sank auf 33% beim Grundvermögen, auf 27% beim Betriebsvermögen und war mit 18% beim sonstigen Vermögen am niedrigsten.

Körperschaften

Die 1 485 unbeschränkt steuerpflichtigen nicht natürlichen Personen (Körperschaften) wiesen ein Betriebsvermögen von 417 Mill. DM auf; ihr Vermögen wird insofern abweichend von dem der natürlichen Personen festgestellt, als ihr gesamtes Vermögen grundsätzlich als Betriebsvermögen angesehen wird. Das durchschnittliche Betriebsvermögen der Körperschaften betrug 281 000 DM. Nach Berücksichtigung der Abzüge, unter denen die auf den Zeitwert berechnete Vermögensabgabe die Hauptrolle spiel-

te, verblieb ein steuerpflichtiges Vermögen von 337 Mill. DM. Dieses Vermögen war mit 3,1 Mill. DM Vermögensteuer belastet. Mit durchschnittlich 2 100 DM zahlten die Körperschaften ein Vielfaches des Betrages, der von den natürlichen Personen im Durchschnitt aufzubringen war. Für diese unterschiedliche Steuerbelastung waren einmal die nur den natürlichen Personen gewährten Freibeträge, zum anderen das im Durchschnitt etwa siebenmal so große steuerpflichtige Vermögen der Körperschaften maßgebend.

Das Vermögen der Körperschaften konzentrierte sich noch stärker als bei den natürlichen Personen auf die großen Vermögen: 60 Steuerpflichtige (4%), die jeweils 1 Mill. DM und mehr steuerpflichtiges Vermögen aufwiesen, waren am gesamten Reinvermögen mit etwa zwei Drittel

2) Beim Betriebsvermögen werden die Abzüge - abweichend von der Regelung bei den anderen Vermögensarten - bereits bei der Feststellung des Einheitswertes berücksichtigt

3) Die Differenz zwischen den steuerlichen Werten und den Verkehrswerten dürfte daher erheblich sein: Im groben Durchschnitt liegt der Verkehrswert etwa zwei- bis dreimal so hoch als die hier ermittelten Werte

beteiligt. Etwa ein Drittel der Körperschaften hatte jeweils weniger als 20 000 DM Reinvermögen, vom gesamten Reinvermögen (335 Mill. DM) waren das 1,2%.

Von den Körperschaften hatten 881 Kapitalgesellschaften insgesamt 281 Mill. DM Reinvermögen. Auf 54 von ihnen - mit jeweils mehr als 1 Mill. DM Vermögen - entfielen mit etwa 200 Mill. DM mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens der Kapitalgesellschaften. Unter den Kapitalgesellschaften machten die Gesellschaften mit beschränkter Haftung über 90% der Steuerpflichtigen aus, besaßen aber nicht ganz die Hälfte des Reinvermögens. Von den Gesellschaften m.b.H. waren etwas mehr als die Hälfte in der Vermögensgruppe bis unter 30 000 DM; vom Vermögen aller G.m.b.H. entfielen aber nur 2,6% auf diese Gruppe. Ein weiterer

Schwerpunkt in dieser Verteilung war bei ihnen in den mittleren Gruppen (100 000 bis 250 000 DM) mit 100 Steuerpflichtigen und 12% des Reinvermögens festzustellen.

Die 425 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften waren mit einem Reinvermögen von 25 Mill. DM zwar an der Zahl der Körperschaften mit knapp einem Drittel, an dem Reinvermögen aller Körperschaften aber nur mit 7,5% beteiligt. Noch stärker als bei den Kapitalgesellschaften waren hier die meisten Genossenschaften (mehr als die Hälfte) mit Vermögen unter 20 000 DM. Nur knapp 12% hatten ein Vermögen, das 100 000 DM überschritt.

Dipl.-Volksu. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Die Hauptveranlagung der Vermögensteuer auf den 1. Januar 1953" und "Die Bilanzstruktur gewerblicher Unternehmen" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 378 (Juli) bzw. S. 233 (Mai)

Der Bevölkerungsstand Ende 1958

Landesergebnisse

Die Bevölkerungszahl des Landes Schleswig-Holstein betrug Ende 1958 rund 2 276 000. Durch

die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) und die Wanderungsbewegung ergab sich seit Ende 1957 eine Bevölkerungs-

Tab. 1

Die Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 1956 bis 1958 - in 1 000 -

Jahr	Geschlecht	Wohnbevölkerung am Jahresanfang	Veränderung im Berichtsjahr						Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-) überhaupt	Wohnbevölkerung am Jahresende
			Natürliche Bevölkerungsbewegung			Wanderungsbewegung ¹				
			Lebendgeborene	Gestorbene	mehr geboren als gestorben	Zugezogene	Fortgezogene	Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		
Gesamtbevölkerung ²										
1956	männlich	1 048	16,6	13,0	3,6	38,1	41,9	- 3,8	- 0,2	1 048
	weiblich	1 209	15,6	12,2	3,4	29,3	38,5	- 9,2	- 5,8	1 203
	insges.	2 257	32,2	25,2	7,0	67,4	80,4	- 13,1	- 6,0	2 251
1957	männlich	1 048	17,2	13,7	3,6	48,9	41,5	+ 7,4	+ 11,0	1 059
	weiblich	1 203	16,5	12,7	3,8	33,2	35,1	- 1,9	+ 1,9	1 205
	insges.	2 251	33,8	26,4	7,4	82,2	76,7	+ 5,5	+ 12,9	2 264
1958	männlich	1 059	17,8	13,4	4,4	45,8	42,2	+ 3,6	+ 8,0	1 067
	weiblich	1 205	16,6	12,6	4,0	32,5	33,0	- 0,5	+ 3,5	1 209
	insges.	2 264	34,4	26,1	8,3	78,3	75,2	+ 3,1	+ 11,5	2 276
darunter: Vertriebene ³										
1956	männlich	277	4,5	3,0	1,5	10,3	13,8	- 3,4	- 1,9	287 ^a
	weiblich	345	4,2	2,9	1,3	8,9	13,9	- 5,1	- 3,8	349 ^a
	insges.	622	8,7	5,9	2,8	19,2	27,7	- 8,5	- 5,7	635 ^a
1957	männlich	287	4,6	3,2	1,5	13,5	12,7	+ 0,8	+ 2,3	289
	weiblich	349	4,6	3,3	1,3	11,2	12,0	- 0,8	+ 0,5	349
	insges.	635	9,2	6,4	2,8	24,7	24,8	- 0,0	+ 2,8	638
1958	männlich	289	4,7	3,1	1,6	12,0	11,6	+ 0,4	+ 2,1	291
	weiblich	349	4,4	3,1	1,3	9,9	10,5	- 0,6	+ 0,7	350
	insges.	638	9,1	6,2	2,9	21,9	22,0	- 0,2	+ 2,7	641

1) über die Landesgrenzen, ohne Binnenwanderung 2) 1956: zurückgeschriebene, 1957 und 1958: fortgeschriebene Wohnbevölkerung auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 3) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder a) Die Abweichung zwischen dieser und der sich aus Anfangsstand und Jahresbewegung ergebenden Zahlen ist dadurch entstanden, daß die bei der Wohnungszählung am 25.9.1956 neu ermittelte Vertriebenen Zahl nicht mit der bis dahin fortgeschriebenen Zahl übereinstimmt

zunahme um rund 11 500 Personen. Diese Zunahme ist um rund 1 500 geringer als im Jahre 1957, da trotz eines höheren Geburtenüberschusses der Wanderungsgewinn aus den zu- und fortgezogenen Personen im Jahre 1958 um rund 2 400 Personenniedriger war. Nach Schleswig-Holstein zogen 78 300 Personen zu gegenüber 82 200 im Jahre 1957.

Die männliche Bevölkerung hat sich um 8 000 Personen auf 1 067 000, die weibliche Bevölkerung um 3 500 auf 1 209 000 erhöht. Trotz dieser verhältnismäßig stärkeren Zunahme der männlichen Bevölkerung hat sich der Anteil der Geschlechter an der Gesamtbevölkerung gegenüber 1957 nur unwesentlich verändert. Auf 100 Männer kamen Ende 1958 113 Frauen gegenüber 114 Ende 1957.

Die zum Personenkreis der Vertriebenen zählende Bevölkerung hat sich seit Ende 1957 von 638 000 auf 641 000 erhöht. Die Zunahme von 2 700 Personen ist auf den Geburtenüberschuß - bei 9 100 Lebendgeborenen und 6 200 Gestorbenen - zurückzuführen, da sich in der Wanderungsbewegung ein Mehrfortzug von 200 Personen ergab.

Der Bevölkerungsanteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung betrug wie Ende 1957 28,2%.

Die erstmals im Jahre 1956 festgestellte Zunahme der Geburtenzahl hat auch im Jahre 1958 angehalten. Es wurden 34 400 Kinder lebend geboren gegenüber 33 800 im Vorjahr. Es ergab sich eine Geburtenziffer, berechnet auf 1 000 der Bevölkerung, von 15,2.

Die Zahl der Gestorbenen ist im Jahre 1958 gering auf 26 100 zurückgegangen. Auf 1 000 der Bevölkerung starben 1958 11,5 Menschen.

Die Wanderungsbewegung über die Landesgrenzen war im Jahre 1958 sowohl bei den Zu- als auch bei den Fortzügen geringer als 1957. Es zogen 78 300 Personen nach Schleswig-Holstein zu, dagegen 75 200 Personen von

Tab. 2 Die Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen 1957 und 1958
- in % -

Altersgruppen in Jahren	Männlich		Weiblich	
	31.12. 1957	31.12. 1958	31.12. 1957	31.12. 1958
0 bis unter 5	7,5	7,6	6,3	6,4
5 " " 10	r 7,8	7,6	r 6,6	6,5
10 " " 15	7,6	7,4	6,4	6,3
15 " " 20	r 10,7	10,2	r 8,7	8,4
20 " " 25	r 8,1	9,2	r 6,4	7,1
25 " " 30	r 6,0	5,9	r 5,2	5,1
30 " " 35	5,3	5,5	6,1	6,0
35 " " 40	r 5,0	5,5	r 6,5	7,0
40 " " 45	4,8	4,1	6,0	5,3
45 " " 50	r 6,8	6,6	r 8,0	7,9
50 " " 55	r 7,2	7,1	r 7,4	7,5
55 " " 60	r 6,5	6,5	r 6,8	6,8
60 " " 65	r 5,0	5,1	r 6,1	6,2
65 " " 70	r 4,2	4,2	r 5,0	5,1
70 " " 75	r 3,3	3,4	r 3,8	3,9
75 " " 80	r 2,3	2,3	r 2,6	2,6
80 " " 85	1,3	1,3	1,4	1,5
85 " " 90	r 0,5	0,5	0,5	0,5
90 " " 95	0,1	0,1	0,1	0,1
95 und mehr	0,0	0,0	0,0	0,0
insgesamt	100	100	100	100

r = berichtigt in Anpassung an die Altersstruktur gemäß Wohnungsstatistik 1956 und Mikrozensus Oktober 1957

Tab. 3 Die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen 1958

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohn- bevöl- kerung am 1.1.1958	Veränderungen im Jahr 1958 durch		Wohn- bevöl- kerung am 31.12.1958	Veränderungen gegenüber			
		mehr Geborene als Gestorbene	Wande- rungs- gewinn (+) bzw. -verlust (-)		1939 ¹		1957 ¹	
					Anzahl	%	Anzahl	%
Flensburg	94 132	91	+ 1 542	95 765	+ 24 894	+ 35	+ 1 633	+ 1,7
Kiel	260 868	357	+ 2 872	265 864 ^a	- 8 977	- 3	+ 4 996	+ 1,9
Lübeck	230 061	454	+ 47	230 562	+ 75 743	+ 49	+ 501	+ 0,2
Neumünster	72 608	180	+ 342	73 130	+ 19 036	+ 35	+ 522	+ 0,7
Eckernförde	66 373	313	- 456	66 230	+ 23 435	+ 55	- 143	- 0,2
Eiderstedt	19 322	88	- 302	19 108	+ 3 972	+ 26	- 214	- 1,1
Eutin	88 911	172	- 162	88 921	+ 37 420	+ 73	+ 10	+ 0,0
Flensburg-Land	62 155	432	+ 370	62 957	+ 18 283	+ 41	+ 802	+ 1,3
Hzgt. Lauenburg	129 744	549	- 234	130 059	+ 57 249	+ 79	+ 315	+ 0,2
Husum	61 295	423	+ 209	61 927	+ 14 451	+ 30	+ 632	+ 1,0
Norderdithmarschen	58 519	200	- 660	58 059	+ 13 712	+ 31	- 460	- 0,8
Oldenburg (Holstein)	77 090	246	+ 113	77 449	+ 24 495	+ 46	+ 359	+ 0,5
Pinneberg	202 551	1 084	+ 726	204 361	+ 92 948	+ 83	+ 1 810	+ 0,9
Plön	106 782	635	+ 349	107 766	+ 40 332	+ 60	+ 984	+ 0,9
Rendsburg	155 800	759	- 74	154 718 ^a	+ 56 490	+ 58	- 1 082	- 0,7
Schleswig	98 451	212	- 660	98 003	+ 20 408	+ 26	- 448	- 0,5
Segeberg	91 280	355	- 68	91 567	+ 37 831	+ 70	+ 287	+ 0,3
Steinburg	122 722	388	- 936	122 174	+ 36 033	+ 42	- 548	- 0,4
Stormarn	133 901	672	+ 1 244	135 817	+ 67 928	+ 100	+ 1 916	+ 1,4
Süderdithmarschen	73 596	320	- 1 169	72 747	+ 18 757	+ 35	- 849	- 1,2
Südtondern	58 185	397	+ 36	58 618	+ 12 351	+ 27	+ 433	+ 0,7
Schleswig-Holstein	2 264 346	8 327	+ 3 129	2 275 802	+ 686 791	+ 43	+ 11 456	+ 0,5

1) nach dem Gebietsstand vom 31.12.1958 a) einschl. bzw. ohne 1 767 Personen durch Eingemeindung von Suchsdorf am 1.4.1958 in Kiel

hier fort, so daß sich ein Wanderungsüberschuß von 3 100 Personen ergab. Dieser ergibt sich andererseits aus einem Wanderungsüberschuß von 3 600 bei den Männern und einem -verlust bei den Frauen um 500.

Die Gliederung der Bevölkerung nach dem Alter weist zwischen Ende 1957 und 1958 kaum Unterschiede auf. Die unteren Altersgruppen bis zu 30 Jahren sind auf der männlichen Seite relativ stärker besetzt als auf der weiblichen, bei den oberen Altersgruppen ist es umgekehrt.

Kreisergebnisse

Gegenüber 1939 lag Ende 1958 die Bevölkerungszahl der Stadt Kiel noch um 3% niedriger, Flensburg und Neumünster um 35%, Lübeck um 49% höher. Bei einer Gruppierung der Landkreise nach dem Ausmaß ihrer Bevölkerungsveränderung seit 1939 ergeben sich ebenfalls erhebliche Unterschiede. Die höchste Zunahme - nämlich um 100% - ist für den Kreis Stormarn festzustellen. Es folgen die im Einflußgebiet Hamburgs liegenden Kreise Pinneberg und Hztg. Lauenburg. Zunahmen von 55% und mehr ergaben sich

in den Landkreisen Eckernförde, Rendsburg, Plön, Segeberg und Eutin. In den Landkreisen an der Westküste Schleswig-Holsteins betragen die Zunahmen zwischen 26% (Eiderstedt) und 35% (Süderdithmarschen).

Gegenüber dem Jahre 1957 ergab sich für die Stadt Kiel durch die Eingemeindung der zum Kreis Rendsburg gehörigen Gemeinde Suchsdorf eine Zunahme um 1 767 Personen. Dadurch erklärt sich der Bevölkerungsrückgang im Kreis Rendsburg. Die Bevölkerungsab- bzw. -zunahmen in den übrigen kreisfreien Städten bzw. Landkreisen gegenüber 1957 sind unwesentlich.

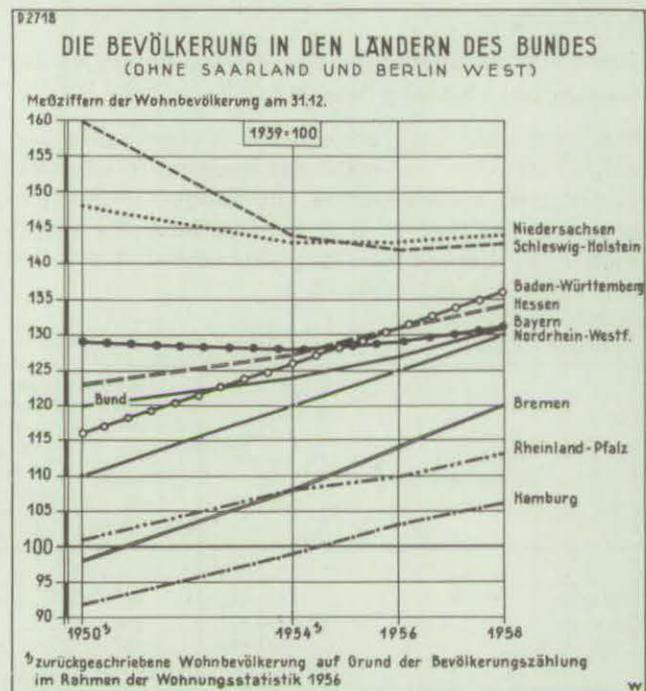
Die Länder des Bundesgebiets

Über die Entwicklung der Bevölkerungszahlen der Länder des Bundesgebiets in den Jahren 1950 - 1958 unterrichtet das folgende Schaubild. In Schleswig-Holstein, das im Jahre 1950 eine um 60% höhere Bevölkerung als 1939 hatte, ist die Einwohnerzahl bis Ende 1958 auf 43% über dem Stand von 1939 zurückgegangen.

Tab. 4 Die Bevölkerung in den Ländern des Bundesgebiets
Ende 1958
- Vorläufiges Ergebnis -

Land	Wohnbevölkerung am 1.1. 1958		Zunahme ¹ im Jahre 1958		Wohnbevölkerung am 31.12. 1958
	1 000	%	1 000	%	
Schleswig-Holstein	2 264	11,5	0,5	0,5	2 276
Hamburg	1 787	20,9	1,2	1,2	1 808
Niedersachsen	6 496	19,5	0,3	0,3	6 516
Bremen	664	13,4	2,0	2,0	678
Nordrhein-Westfalen	15 197	261,5	1,7	1,7	15 459
Hessen	4 600	51,8	1,1	1,1	4 651
Rheinland-Pfalz	3 314	40,9	1,2	1,2	3 355
Baden-Württemberg	7 302	131,1	1,8	1,8	7 433
Bayern	9 193	85,2	0,9	0,9	9 278
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)	50 817	635,7	1,3	1,3	51 452
Saarland	1 019	21,0	2,1	2,1	1 040
Bundesgebiet einschl. Saarland	51 836	656,7	1,3	1,3	52 492

¹ Einschl. Bevölkerung der am 28.8.1958 von Belgien in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrten Gebiete, Differenz zwischen vorläufigem und endgültigem Ergebnis der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und einschl. Berichtigung von Gemeindeergebnissen
Quelle: Statistisches Bundesamt



Hans Klindt

Vergleiche auch: "Der Bevölkerungsstand Ende 1956 und Ende 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 299 (Dezember) und "Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung 1958" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 190 (April)

Strukturveränderungen der Kieler Studentenschaft seit 1948

- Ergebnisse der großen Hochschulstatistik vom Wintersemester 1948/49
und Wintersemester 1958/59 -

Seit dem Sommersemester 1955 ist die Zahl der Studierenden an der Christian-Albrechts-Universität wieder stark gestiegen, nachdem sie vorher seit dem Nachkriegs-Höchststand im Sommersemester 1950 (3 218 Studierende) von Jahr zu Jahr zurückgegangen war. Im vorigen Wintersemester studierten an der Universität Kiel insgesamt 3 878 Personen. Davon waren 3 442 Deutsche und 436 Ausländer; das sind 172 deutsche Studierende mehr als ^{70%} 10 Jahre vorher im Wintersemester 1948/49 und fast doppelt soviel wie 1954/55, dem Wintersemester mit der zwischenzeitlich niedrigsten Zahl von deutschen Immatrikulierten. Dieser Anstieg dürfte hauptsächlich dadurch begründet sein, daß seit 1955 nach und nach die Angehörigen der relativ stark besetzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit (besonders der Jahre 1934 - 1939) die Hochschulreife erlangten. Männer und Frauen sind an dieser Erhöhung der Immatrikuliertenzahl seit 1948 nicht gleichmäßig beteiligt. Während die Zahl der männlichen Studierenden um 2% zurückging, hat sich die Zahl der Studentinnen um 39% erhöht. Neben der absoluten Zunahme der Zahl der weiblichen Immatrikulierten ist auch ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden gestiegen. 1948 waren unter den Immatrikulierten 18% weiblich, 1958 dagegen 23%. Mit anderen Worten; im Wintersemester 1948/49 war jeder sechste Studierende an der Christian-Albrechts-Universität eine Frau, 10 Jahre später jeder vierte.

In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Struktur der Studentenschaft erheblich geändert; einmal haben die Kriegsteilnehmer, die erst nach 1945 mit dem Studium begannen, inzwischen zum größten Teil die Universität verlassen. Durch Ausscheiden dieser Studenten hat sich der Altersaufbau der Studentenschaft verändert. Die heutigen Studenten sind im Durchschnitt jünger als 1948/49. Auch bei der Finanzierung des Studiums hat sich einiges geändert; in den vergangenen 10 Jahren sind Möglichkeiten geschaffen worden, das Studium teilweise durch öffentliche Mittel zu finanzieren und damit den Studenten von einer eigenen Erwerbstätigkeit weitgehend zu entlasten.

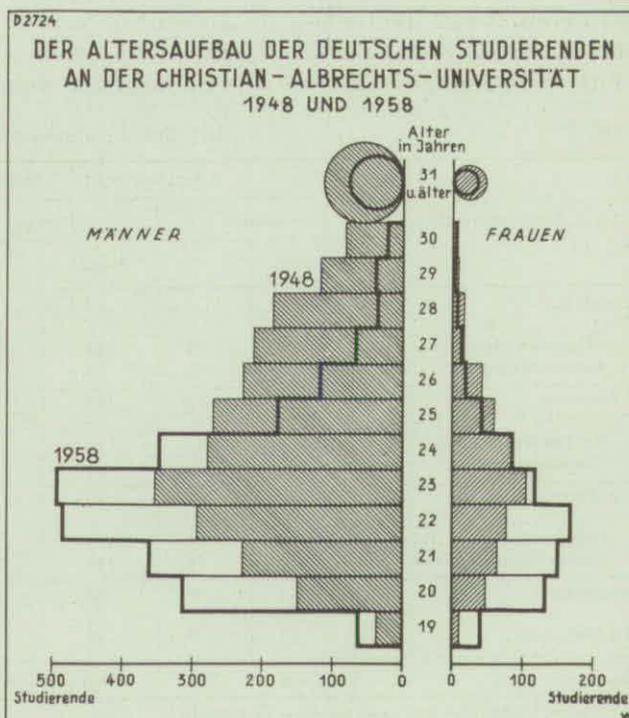
Diese kurz skizzierten Verschiebungen lassen es geraten erscheinen, einmal an Hand der Ergebnisse der in jedem Wintersemester durchgeführten großen Hochschulstatistik das Ausmaß der Strukturänderungen innerhalb der deutschen Studentenschaft an der Kieler Universität zu untersuchen. Die ausländischen Studierenden sind im folgenden nicht berücksichtigt.

Altersaufbau

Die Altersgliederung der Studenten hat sich in den letzten 10 Jahren grundlegend verschoben. 1948/49 gab es noch sehr viel Männer, die erst nach Kriegsende ihr Studium aufnehmen konnten, da sie fast alle eine längere Kriegsdienstzeit und zum Teil Gefangenschaft hinter sich hatten. Jedoch gingen nicht nur solche Männer zur Universität, bei denen der Studienbeginn zunächst durch die Einberufung zum Wehrdienst hinausgeschoben worden war. Zu einem großen Teil resultierte der Andrang älterer Männer zur Hochschule auch aus einer erzwungenen Aufgabe des ursprünglichen Berufs als Offizier in der Wehrmacht. Bei diesen Personen war die Aufnahme des Studiums gleichzeitig der erste Schritt zu einem Berufswechsel. Sie kamen daher erst in einem Alter auf die Universität, in dem unter normalen Verhältnissen das Studium bereits abgeschlossen ist. Dementsprechend waren 1948/49 48% der männlichen Immatrikulierten 25 Jahre und älter. 10 Jahre später - im Wintersemester 1958/59 - waren nur noch 21% der Studenten so alt.

*fast die Hälfte
gut ein Fünftel*

Auch bei den Frauen ist diese Verschiebung im Altersaufbau festzustellen. 1948/49 waren von ²⁰⁰ 100 Studentinnen 31 im Alter von 25 und mehr Jahren, 1958/59 nur noch 14. Eine kriegsbedingte Verzögerung des Studienbeginns bzw. Unterbrechung des Studiums ergab sich bei ihnen häufig durch Dienstverpflichtungen. Andererseits entschlossen sich vermutlich auch Frauen,



deren Männer oder Verlobte gefallen waren, damals zu einem Universitätsstudium, um später einen eigenen Beruf auszuüben.

Der gegenüber den gleichaltrigen Männern in den beiden beobachteten Semestern verhältnismäßig höhere Anteil der Mädchen unter 25 Jahren dürfte sich zum Teil daraus erklären, daß nur ein Teil der Studentinnen das begonnene Studium tatsächlich zu Ende führt.

Familienstand

Der unterschiedliche Altersaufbau in den beiden Semestern bewirkte auch eine veränderte Gliederung nach dem Familienstand. Da mit steigendem Lebensalter auch die Verheiratetenquote steigt, gab es vor 10 Jahren mehr verheiratete Studenten als 1958/59. Von 100 Studierenden waren 1948/49 nur 85 ledig, im Wintersemester 1958/59 dagegen 94. Verheiratet oder verwitwet und geschieden waren 1948/49 bei den Männern 16%, bei den Frauen 9%; 1958/59 nur 6 bzw. 3%.

In den beiden Semestern gab es unter den unverheirateten (ledig, verwitwet, geschieden) Studierenden verhältnismäßig mehr Frauen, unter den Verheirateten mehr Männer als in der Gesamtheit. Der Grund für dieses Überwiegen der Männer bei den Verheirateten ist darin zu sehen, daß viele Studentinnen vor Abschluß des Studiums heiraten und die Universität verlassen, und daß andererseits verheiratete Frauen nur selten ein Studium aufnehmen.

Studienrichtung der Frauen

Unter den im Wintersemester 1958/59 immatrikulierten 3 442 deutschen Studierenden waren 808 Frauen. Vor 10 Jahren waren 582 Studentinnen eingeschrieben bei einer Gesamtzahl von

3 270 Studierenden. Damit ist der Anteil der Studentinnen gegenüber 1948/49 von 18% auf 23% gestiegen. Die Ausweitung des Anteils der studierenden Frauen ist in den einzelnen Fakultäten bzw. Fachschaften unterschiedlich. Zunächst ist ein Rückgang des Anteils der Studentinnen bei der theologischen und der landwirtschaftlichen Fakultät festzustellen. In der philosophischen Fakultät ist der Frauenanteil bei den Naturwissenschaftlern (einschließlich Pharmazeuten) von 22% auf 20% gesunken. In der medizinischen Fakultät war 1948/49 fast ein Viertel (22%) der Studierenden weiblichen Geschlechts. Dagegen war es 1958/59 gut ein Drittel (33%).

Das bevorzugte Studiengebiet der Frauen war 1948/49 die allgemeine Medizin. Dieses Fach hatten ~~33%~~ ^{38%} aller Studentinnen belegt. Berücksichtigt man auch die Zahnmedizin, so studierten vor 10 Jahren von 100 immatrikulierten Frauen 42 in der medizinischen Fakultät, 1958/59 nur noch 27.

Die am häufigsten von Studentinnen besuchte Fakultät war 1948/49 die philosophische mit 46% aller eingeschriebenen Frauen; 1958/59 waren jedoch schon fast zwei Drittel (60%) aller Frauen in der philosophischen Fakultät eingeschrieben. Gut zwei Fünftel (41%) hatten allein geisteswissenschaftliche Fächer belegt, 1948/49 nur 26%. Es läßt sich also feststellen, daß sich der Schwerpunkt des Frauenstudiums an der Universität Kiel in den letzten 10 Jahren eindeutig von der Medizin zu den Geisteswissenschaften verlagert hat.

Studienrichtung der Männer

Auch bei den Männern ist eine Verlagerung des Studienschwerpunktes von der medizinischen zur philosophischen Fakultät festzustellen.

Tab. 1

Die Studierenden nach Studienbereichen

Studienbereich	Wintersemester 1948/49					Wintersemester 1958/59				
	Männer		Frauen		Insgesamt	Männer		Frauen		Insgesamt
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Theologie	108	4	17	3	125	63	2	6	1	69
Allgemeine Medizin	760	28	222	38	982	403	15	203	25	606
Zahnmedizin	92	3	21	4	113	47	2	17	2	64
zusammen	852	32	243	42	1 095	450	17	220	27	670
Rechtswissenschaft	615	23	28	5	643	691	26	61	8	752
Wirtschaftswissenschaften	157	6	16	3	173	243	9	36	4	279
zusammen	772	29	44	8	816	934	35	97	12	1 031
Geisteswissenschaften ¹	354	13	149	26	503	503	19	329	41	832
Naturwissenschaften ²	415	15	119	20	534	608	23	156	19	764
zusammen	769	29	268	46	1 037	1 111	42	485	60	1 596
Landwirtschaft	187	7	10	2	197	76	3	-	-	76
Insgesamt	2 688	100	582	100	3 270	2 634	100	808	100	3 442

1) einschl. Leibesübungen 2) einschl. Pharmazie

1948/49 studierte fast ein Drittel der männlichen Studierenden allgemeine und Zahnmedizin, 1958/59 waren es nur noch 17%. Dagegen waren im letzten Wintersemester 42% der Studenten für die philosophische Fakultät eingeschrieben (1948/49: 29%).

38% der Studenten studierten vor 10 Jahren Rechtswissenschaft und Naturwissenschaften, 1958/59 hatte fast die Hälfte der Männer diese Studiengebiete belegt.

Vorbildung des Vaters

Im Wintersemester 1948/49 gaben 68% aller Studierenden an, daß ihr Vater keine abgeschlossene Hochschulbildung habe; im vergangenen Wintersemester waren nur noch die Väter von 60% aller Immatrikulierten Nichtakademiker. Wie vor 10 Jahren waren auch im Wintersemester 1958/59 unter den Studentinnen verhältnismäßig mehr Akademiker-Töchter als unter den Studenten Söhne akademisch vorgebildeter Väter.

Innerhalb der einzelnen Studienbereiche waren die Immatrikulierten, deren Väter kein abgeschlossenes Studium an einer Hochschule hatten, 1948/49 noch durchweg in der Überzahl. Am häufigsten waren Söhne und Töchter von Nichtakademikern unter den Studenten der Land- und Forstwirtschaft (87%). Bei den Studenten der Human- und Zahnmedizin hatten dagegen nur 57% einen Vater, der nicht studiert hatte.

Im Wintersemester 1958/59 überwogen die Studenten, deren Väter auch studiert hatten, bei den Medizinern (61%) und bei den Theologen (51%). Die höchste Quote von Nichtakademikern wurde mit 78% für die Studenten der Wirtschaftswissenschaft und Sozialwissenschaften errechnet.

Berufsziel

Wenn auch der angestrebte spätere Beruf den Studenten schon bei der Wahl des Studienfaches beeinflußt, so kann doch nicht ohne weiteres aus den belegten Fächern auf das Berufsziel geschlossen werden. Aus diesem Grunde wird alljährlich in dem Erhebungsbogen zur "Großen Hochschulstatistik" das Berufsziel besonders erfragt.

Die oben erwähnte Verlagerung des Studienswerpunktes von der Medizin zu den geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern zeigt sich auch bei den angestrebten Berufen. 1948 wollten noch 29% aller Studierenden praktischer Arzt oder Facharzt werden, dagegen strebten 16% das Lehramt an höheren Schulen an. 1958 war das Verhältnis genau umgekehrt. 27% sahen ihre zukünftige Berufsaufgabe in einer Lehrtätigkeit an höheren Schulen, und nur noch 17% gaben den Arztberuf als Ziel ihrer Ausbildung an.

Bei den Berufen, die eine juristische Vorbildung erfordern, haben sich die Wünsche der Studenten von dem Beruf des Rechtsanwalts und Notars mehr auf den Beruf eines Richters oder Staatsanwalts verlagert. Faßt man die angegebenen Berufe "Rechtsanwalt, Notar, Wirtschaftsjurist" als vornehmlich freiberufliche Tätigkeiten und andererseits die Berufe "Richter, Staatsanwalt, höherer Verwaltungsbeamter" als Tätigkeit im Beamtenverhältnis zusammen, dann ergibt sich folgendes Bild:

Von 100 Immatrikulierten strebten einen Rechtsberuf an	1948/49	1958/59
in freiberuflicher Tätigkeit	12	5
in beamteter Stellung	6	15

Vor 10 Jahren war demnach die Zahl der Studenten, die später einen freien Rechtsberuf ausüben wollten, doppelt so hoch wie die Zahl

Tab. 2 Das Berufsziel der Studierenden

Berufsziel	Wintersemester 1948/49				Wintersemester 1958/59			
	Männer	Frauen	Insgesamt		Männer	Frauen	Insgesamt	
			Anzahl	%			Anzahl	%
Lehrer an höheren Schulen	374	149	523	16	627	318	945	27
Praktischer Arzt	586	155	741	23	272	138	410	12
Facharzt	143	54	197	6	126	65	191	6
Evangelischer Geistlicher	98	14	112	3	60	3	63	2
Apotheker	37	34	71	2	53	66	119	2
Zahnarzt	98	23	121	4	48	17	65	3
Rechtsanwalt, Notar	327	15	342	10	131	7	138	4
Richter, Staatsanwalt	137	5	142	4	344	39	383	11
Höherer Verwaltungsbeamter	56	2	58	2	131	9	140	4
Chemiker	102	8	110	3	128	3	131	4
Volkswirt, Statistiker	83	8	91	3	166	30	196	6
Dipl.-Landwirt	105	6	111	3	59	-	59	2
Physiker, techn. Physiker	49	-	49	1	125	4	129	4
Sonstige Berufe	370	75	445	14	306	96	402	12
Ohne Angabe	123	34	157	5	58	13	71	2
Insgesamt	2 688	582	3 270	100	2 634	808	3 442	100

Tab. 3

Finanzierung des Studiums

	Von 100 Studierenden finanzierten ihr Studium überwiegend aus						
	Mitteln der Eltern und Verwandten	eigenen Erspar- nissen	eigener Erwerb- tätigkeit	öffent- lichen Mitteln	darunter		sonstigen Quellen
					Renten, verlorene Zuschüsse	Förderung nach dem "Honnefer Modell"	
Wintersemester 1948/49							
Männer	65	2	22	6	6	x	6
Frauen	77	1	12	2	2	x	7
insgesamt	67	1	20	6	6	x	6
Sommersemester 1958							
Männer	53	1	13	32	12	17	2
Frauen	63	1	9	26	10	14	1
insgesamt	55	1	12	31	12	17	1

der "zukünftigen" Beamten. 1958/59 wollten dagegen dreimal mehr Studenten Beamte werden als freie Juristen.

Finanzierung des Studiums

Bei der Erhebung zur großen Hochschulstatistik 1958/59 wurden von den Immatrikulierten Angaben über die Finanzierung des Studiums im Sommersemester 1958 erfragt. 55% der Studierenden hatten in diesem Semester Mittel der Eltern zur Verfügung, aus denen sie überwiegend die Kosten des Studiums bestritten. Fast ein Drittel studierte auf Grund öffentlicher Mittel. Von diesen nahm etwas mehr als die Hälfte Mittel aus dem "Honnefer Modell" in Anspruch. 12% finanzierten ihr Studium überwiegend durch Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit vor, während oder zwischen den Semestern.

Vergleicht man diese Zahlen mit den Angaben, die vor 10 Jahren über die Finanzierung des

Studiums im Wintersemester 1948/49 gemacht wurden, so zeigt sich, daß die geschaffenen Möglichkeiten der öffentlichen Studienförderung den Umfang der eigenen Erwerbstätigkeit der Studenten eingeschränkt haben. 1948 war noch ein Fünftel der Studierenden darauf angewiesen, durch eigene Arbeit das Geld für das Studium zu verdienen, 1958 nur noch ein Achtel. Demgegenüber war der Kreis derer, die 1958 öffentliche Mittel für die Studienfinanzierung verwenden konnten, mehr als fünfmal größer als 1948/49: 6% aller Studierenden erhielten 1948 öffentliche Gelder, dagegen 1958 schon 31%. Der Anteil derer, die ihre Hochschulausbildung überwiegend aus Mitteln der Eltern und Verwandten finanzierten, ging in den 10 Jahren von 67% auf 55% zurück.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Studierende an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel - Wintersemester 1955/56 und 1956/57, Sommersemester 1957 -" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 18 (Januar)

Kurzberichte

Die Kleinbetriebe
in der schleswig-holsteinischen Industrie

- Ergebnisse der Totalerhebung vom 30. September 1958 -

Auch im Jahre 1958 sind am 30. 9. außer den monatlich berichtenden Betrieben (mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten) die nur jährlich berichtspflichtigen Kleinbetriebe der Industrie nach ihrer Beschäftigtenzahl gefragt worden; dabei wurde diesmal bei den Kleinbetrieben ausnahmsweise auch der Umsatz - und zwar der vom Monat September 1958 - mit erhoben. Das geschah, um zu kontrollieren, ob der nach den bisherigen Erfahrungen angenommene Anteil von 6% des Gesamtumsatzes für Kleinbetriebe noch richtig ist.

Erfaßt wurden 2 889 Betriebe, das sind um 118 weniger als im Vorjahr. Die Zahl der gelöschten Betriebe ist also erheblich größer gewesen

als 1957 (77). Gemessen an der Zahl der Betriebe stehen die Industriezweige Molkereien und milchverarbeitende Industrie nach wie vor an 1. Stelle (513); es folgen ihnen wie im Vorjahr die Zweige Steine/Erden (242), Druckereien (202) und Textilindustrie (163).

Die Beschäftigtenzahl - 171 301 - war um 6 331 (- 4%) niedriger als im Vorjahr, wobei sich der Rückgang - mit einer Ausnahme - auf alle Betriebsgrößenklassen erstreckte. Nur die Betriebe der Größenklasse 200-499 Beschäftigte wiesen 2 115 Zugänge aus. Die durchschnittliche Betriebsgröße (59 Beschäftigte) hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht merklich verändert. Wie bisher stand wiederum der Industriezweig Schiffbau mit insgesamt 30 628 Beschäftigten an erster Stelle, gefolgt vom Maschinenbau mit 16 088. An die dritte Stelle ist in diesem Jahr - vor die Textilindustrie - die elektrotechnische

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Größenklassen

Betriebe mit ... Beschäftigten	Betriebe				Beschäftigte				Umsatz im September 1958	
	30. Sept. 1957	30. Sept. 1958		Veränd. der Anzahl 1957 bis 1958	30. Sept. 1957	30. Sept. 1958		Veränd. der Anzahl 1957 bis 1958	in 1 000 DM	in %
	Anzahl		%		Anzahl		%			
1	233	228	8	- 5	233	228	0	- 5	462	0
2 - 4	757	732	25	- 25	2 240	2 137	1	- 103	14 644	3
5 - 9	541	507	18	- 34	3 542	3 313	2	- 229	15 008	3
10 - 19	448	412	14	- 36	6 296	5 834	3	- 462	17 745	3
20 - 49	465	450	16	- 15	14 842	14 245	8	- 597	38 583	7
50 - 99	272	270	9	- 2	19 067	18 866	11	- 201	53 765	10
100 - 199	143	136	5	- 7	20 345	19 071	11	- 1 274	54 436	10
200 - 499	89	99	3	+ 10	28 235	30 350	18	+ 2 115	77 884	14
500 - 999	36	34	1	- 2	24 654	23 767	14	- 887	84 287	15
1 000 und mehr	23	21	1	- 2	58 178	53 490	31	- 4 688	207 310	37
insgesamt	3 007	2 889	100	- 118	177 632	171 301	100	- 6 331	564 124	100

Industrie mit 10 751 Beschäftigten getreten, obwohl auch bei diesem Industriezweig die Beschäftigtenzahl rückläufig war. Besonders groß ist der Rückgang bei der Textilindustrie gewesen (- 17%), was mit der allgemein ungünstigen Lage dieser Branche zusammenhängt.

Die Zahl der Betriebe mit 1 - 9 Beschäftigten hat auf 1 467 (- 64) abgenommen. Die Abnahme betraf vor allem die Industriegruppen Druckereien (- 27), Textilindustrie (- 16) und Steine/Erden (- 14).

Der Rückgang der Beschäftigtenzahl in diesen Kleinbetrieben erstreckte sich auf fast alle Industriezweige. Am stärksten betroffen waren die Mühlenindustrie, Glasindustrie, Süßwarenindustrie, Druckereien und Vervielfältigungsindustrie, Textilindustrie. In einigen wenigen Industriezweigen hat die Beschäftigtenzahl auch zugenommen; z. B. Feinmechanik/Optik, Bekleidungsindustrie. - Der Anteil der Beschäftigten in den Kleinbetrieben an der Gesamtzahl der Beschäftigten betrug unverändert 3%.

Vom Umsatz der Kleinbetriebe (rund 30 Mill. DM) entfielen allein auf die Molkereien und milchverarbeitende Industrie fast 64%. Erst in weiterem Abstand folgen die Spirituosenindustrie mit 6%, Steine/Erden mit 4% und die Futtermittelindustrie mit 3%. - Innerhalb der einzelnen Industriezweige bringen die Kleinbetriebe manchmal jedoch einen recht beachtlichen Anteil am Gesamtumsatz, so z. B. bei Molkerei und milchverarbeitender Industrie 52%, Mineralwasser- und Limonadenindustrie (40%), Spirituosenindustrie (40%), Musikinstrumentenindustrie (18%), lederverarbeitender Industrie (22%). Insgesamt aber beträgt der Anteil am Gesamtumsatz 5%.

Gemessen an der Zahl der Beschäftigten steht Lübeck mit 21% an erster Stelle, Kiel mit 20% an zweiter Stelle, während Pinneberg mit 11% folgt.

Bei der Zahl der Beschäftigten gab es in 6 Kreisen Zunahmen bis zu 6% (Stadt Flensburg). Die

Rückgänge erreichten in Eutin und Flensburg-Land bis zu 14%, in Eckernförde 12%, in Neumünster und Norderdithmarschen 9%. Die übrigen Kreise verzeichneten Rückgänge von 2% (Süderdithmarschen) bis 8% (Segeberg). Hi.

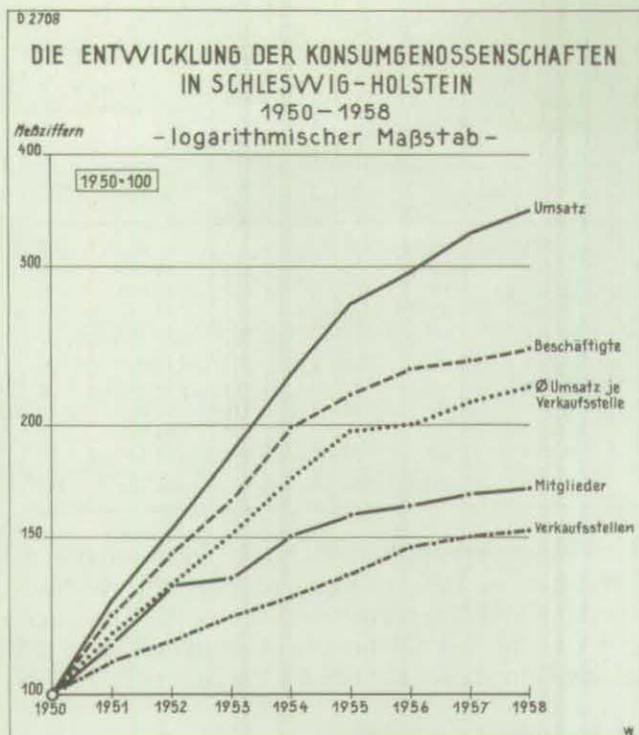
Die Konsumgenossenschaften in Schleswig-Holstein 1957-1958

Die Wirtschaftstätigkeit der Konsumgenossenschaften in Schleswig-Holstein hat in den Jahren 1957 und 1958 wiederum einen günstigen Verlauf genommen. Erstmals seit Wiederaufnahme ihrer Geschäftstätigkeit vor rund zehn Jahren ist es den Konsumgenossenschaften gelungen, den Jahresumsatz über die 100 Mill.-Grenze hinaus zu steigern. 1957 betrug der Jahresumsatz - wie Tabelle 1 zeigt - rund 108 Mill. DM und 1958 sogar 115 Mill. DM. Die Zuwachsraten von 10,8% und 6,2% gegenüber 1956 bzw. 1957 sind recht eindrucksvoll.

Tab. 1 Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften
1956 - 1958
- Stand: 31. Dezember -

	1956	1957	1958
Anzahl der Konsumgenossenschaften	9	9	9
Verkaufsstellen	344	354	359
eigenen Herstellungsbetriebe	10	10	9
Beschäftigten	2 509	2 564	2 649
darunter in Herstellungsbetrieben	205	218	221
Mitglieder	93 502	96 201	97 598
Jahresumsatz in 1 000 DM	97 712	108 253	115 001
Durchschnittlicher Monatsumsatz je Verkaufsstelle in DM	24 485	25 972	27 010

In wie starkem Maße es diesen Handelsunternehmen in den letzten acht Jahren gelungen ist, ihre Geschäftstätigkeit in Schleswig-Holstein auszudehnen, geht daraus hervor, daß die Konsumgenossenschaften den Jahresumsatz in dieser Zeit auf fast das Dreieinhalbfache steigern konnten, während das Umsatzergebnis des gesamten Einzelhandels lediglich auf etwa das Doppelte anstieg. Trotzdem wird aber aus einem Vergleich der Umsatzzunahmen in den einzelnen Jahren erkennbar, daß sich die Auf-



wärtsentwicklung der Konsumgenossenschaften seit 1956 erheblich langsamer vollzogen hat als in der Zeit vorher. Seit 1956 ist eine deutliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung zu beobachten. In erster Linie schlägt sie sich im Umsatzwachstum nieder. Daneben macht sich diese Tatsache aber auch bei der Entwicklung in der Zahl der Verkaufsstellen, der Beschäftigten und des Mitgliederbestandes bemerkbar.

Teils dürfte diese Entwicklung darauf zurückzuführen sein, daß die "Aufbauphase" der Konsumgenossenschaften seit einigen Jahren als abgeschlossen betrachtet werden kann. Teils dürfte es eine Rolle spielen, daß mit steigendem Einkommen weiter Bevölkerungsschichten ein Wandel ihrer Verbrauchsgewohnheiten eingetreten ist. Infolge der gestiegenen Einkommen und der in den letzten beiden Jahren nur geringen Preiserhöhungen im Ernährungsgütersektor steht den Haushalten ein größerer Teil ihres Einkommens zum Erwerb von langlebigen Gebrauchsgütern und Luxusgütern zur Verfügung, die gegenwärtig von den Konsumgenossenschaften nur z. T. angeboten werden. Diese Entwicklung wird eindeutig bestätigt durch die Umsatzentwicklung in den Branchen, die Hausrat und Wohnbedarf, Rundfunk- und Fernsehapparate sowie Phonoartikel und Kraftfahrzeuge anbietet. Neben konjunkturellen Schwankungen wirkte sich aber auch gleichzeitig noch ein seit längerem im Handel zu beobachtender Strukturwandel maßgeblich auf das Umsatzergebnis der Konsumgenossenschaften aus¹. Filialbetriebe und gut durchorganisierte Zusammenschlüsse im Handel haben das Leistungsvermögen vieler Einzelhändler gesteigert und damit zugleich

ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Konsumgenossenschaften erhöht. Ein Vergleich zwischen dem Umsatzwachstum in den Konsumgenossenschaften und im gesamten Einzelhandel in den letzten vier Jahren macht dies recht anschaulich deutlich:

Tab. 2 Die Entwicklung der Umsatzzunahmen in den Konsumgenossenschaften und im Einzelhandel in Schleswig-Holstein 1955 - 1958

Jahr	Umsatzzunahmen gegenüber dem Vorjahr in %		
	Konsumgenossenschaften	gesamter Einzelhandel ¹	darunter Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln ¹
1955	20,1	6,2	4,8
1956	7,6	9,0	5,2
1957	10,8	14,2	13,6
1958	6,2	9,5	7,6

1) Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik

Im Jahre 1955 lag die Umsatzzunahme in den Konsumgenossenschaften - wie Tabelle 2 zeigt - noch weit über, in den nachfolgenden Jahren dagegen merklich unter dem Niveau des gesamten Einzelhandels. Seit 1957 werden auch nicht mehr die Zuwachsraten der Gruppe "Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln" erreicht, die noch unter denen des gesamten Einzelhandels liegen. So ist auch der durchschnittliche Monatsumsatz je Verkaufsstelle in den letzten beiden Jahren zwar gestiegen, doch erreichten die Zuwachsraten nicht mehr die Höhe derjenigen bis 1955.

Die Zahl der Verkaufsstellen hat von 1950 bis 1958 um gut die Hälfte zugenommen. Während 1956 jedoch noch 24 neue Verkaufsstellen eingerichtet wurden, betrug der Neuzugang 1957 10 und 1958 lediglich 5 Verkaufsstellen. Wie der Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften in seinem Jahresbericht 1958 bekanntgibt, lag in den letzten Jahren das Schwergewicht im Ausbau des Ladennetzes vornehmlich bei der Modernisierung der bestehenden Läden.² Insbesondere wurde die Umstellung von den herkömmlichen Bedienungsformen auf das System der Selbstbedienung kräftig vorangetrieben.

Am 31. Dezember 1958 wurden insgesamt 2 649 Personen von den Konsumgenossenschaften des Landes beschäftigt. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl steht u. a. in enger Beziehung zum Bestand an Verkaufsstellen und deren Modernisierung. Sie hat sich in den Jahren 1957

1) Vergleiche u. a. H. Meins: "Konzentration aller Kräfte, Die Konsumgenossenschaften vor neuen Aufgaben", in "Der Verbraucher", Konsumgenossenschaftliche Rundschau, Zeitschrift des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften e.V. und der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH., Hamburg, 12. Jg., Nr. 51/52, Dezember 1958, S. 850

2) Vergleiche: E. Potthoff: "Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Jahre 1958", in "Der Verbraucher", Konsumgenossenschaftliche Rundschau, Zeitschrift des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften e.V. und der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH., Hamburg, 13. Jg., Nr. 17, April 1959, S. 257 f.

und 1958 entsprechend der geringeren Ausweitung und verstärkten Modernisierung des Verkaufsstellennetzes erheblich weniger als in den Vorjahren vergrößert. Während die Zahl der Beschäftigten 1956 noch um 7% angestiegen war, nahm sie 1957 nur noch um rund 2% und 1958 um 3% zu.

Seit etwa 1956 ist eine weitere auffällige Erscheinung bei der Entwicklung der Konsumgenossenschaften zu beobachten: Der Mitgliederbestand ist, abgesehen von 1953, in den letzten Jahren merklich weniger als in den Vorjahren angestiegen. 1955 erhöhte er sich noch um 6,1%, 1958 dagegen lediglich um 1,5%.

In dieser Darstellung wurden vier Faktoren zur Beurteilung der Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Schleswig-Holstein in den Jahren 1957 und 1958 herangezogen: der Umsatz, die Verkaufsstellenzahl, die Beschäftigtenzahl und der Mitgliederbestand. Die vorhandenen Zahlen zeigen, daß sich die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung bei den Konsumgenossenschaften im Berichtszeitraum fortgesetzt hat. Sie hat sich aber, verglichen mit der Entwicklung bis 1956, merklich verlangsamt. Von sämtlichen Größen wiesen wie in den Vorjahren auch 1957 und 1958 die Umsätze die stärksten Zunahmen auf. Neben dem Einfluß der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung im Handel dürften die Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Konsumgenossenschaften sowie die Erweiterung ihres Sortiments in den letzten Jahren dafür bestimmend gewesen sein, daß die Umsätze relativ stärker anstiegen als der Verkaufsstellen- und Mitgliederbestand. Se.

Vergleiche auch: "Die Konsumgenossenschaften 1954 - 1956" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 21 (Januar).

Die öffentliche Jugendhilfe in Schleswig-Holstein

Die öffentliche Jugendhilfe wird ausgeübt durch die Jugendämter der Gemeinden, Kreise und Länder und umfaßt im wesentlichen folgende Aufgaben:

Aufsicht über Pflegekinder,
Mitwirkung im Vormundchaftswesen,
Mitwirkung bei Adoptionen,
Vaterschaftsfeststellungen,
Schutzaufsicht,
Fürsorgeerziehung,
Jugendgerichtshilfe.

Die nachstehenden Zahlenangaben sollen einen Eindruck davon vermitteln, welchen Umfang all diese Tätigkeiten im Rechnungsjahr 1958 in Schleswig-Holstein einnahmen.

Pflegekinder sind Kinder unter 14 Jahren, die von ihren Angehörigen oder Vormündern gegen Entgelt in fremde Pflege gegeben wurden. Die Annahme eines Pflegekindes bedarf der Er-

laubnis des Jugendamtes. Am 31. März 1959 standen in Schleswig-Holstein 8 245 solcher Kinder unter Pflegeaufsicht. Außerdem wurden 18 653 uneheliche Kinder, die bei ihren Müttern lebten, von den Jugendämtern beaufsichtigt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der insgesamt unter Pflegeaufsicht stehenden Kinder um 1,8% vermindert.

Die Amtsvormundschaft entsteht kraft Gesetzes bei der Geburt eines unehelichen Kindes, sie kann darüber hinaus auch bei ehelichen Kindern bestellt werden, sofern kein geeigneter Vormund vorhanden ist. Von den insgesamt 28 629 Amtsvormundschaften waren 93% gesetzlich und 7% bestellt. Es gilt zu beachten, daß die unter Pflegeaufsicht stehenden unehelichen Kinder in der Gesamtzahl der unter Amtsvormundschaft stehenden Kinder enthalten sind; es handelt sich in solchen Fällen um Mehrfachzählungen. Außer den Amtsvormundschaften gab es noch 30 838 Einzelvormundschaften und 14 Vereins- und Anstaltsvormundschaften, so daß insgesamt 59 481 Kinder unter Vormundschaft standen. Gegenüber dem 31. März 1958 hat sich diese Zahl geringfügig verkleinert; der Rückgang erfolgte fast ausschließlich bei den Einzelvormundschaften.

Im Rechnungsjahr 1958 wurden unter Mitwirkung der Jugendämter 268 Adoptionen abgeschlossen. Am 31. März 1959 waren 67 Adoptionsstellen vorhanden, für die noch kein Minderjähriger vorgeschlagen werden konnte. Vaterschaftsfeststellungen wurden in 3 476 Fällen erledigt, fast sieben Zehntel davon durch Anerkennung oder erfolgreiche Klage. Am Ende des Rechnungsjahres lagen 1 679 unerledigte Fälle bei den Jugendämtern.

Unter Schutzaufsicht wird ein Minderjähriger gestellt, wenn diese Maßnahme zur Verhütung seiner körperlichen, geistigen oder sittlichen Verwahrlosung geboten und ausreichend erscheint. Sie wird von einem hierzu bestellten Helfer ausgeübt und von Amts wegen oder auf Antrag angeordnet. Der betreffende Jugendliche bleibt dabei in seiner Familie. Von den 1946 unter Schutzaufsicht stehenden waren knapp zwei Drittel männlich und gut ein Drittel weiblich. In 58% der Fälle war die Schutzaufsicht gerichtlich angeordnet, in 42% freiwillig in Anspruch genommen. Im Laufe des Rechnungsjahres 1958 haben sich die Zu- und Abgänge etwa die Waage gehalten, so daß die Gesamtzahl annähernd gleich blieb. Außer diesen Minderjährigen, die auf Grund einer amtlichen Anordnung unter Schutzaufsicht standen, wurden noch 9 285 Jugendliche formlos betreut.

Die Fürsorgeerziehung ist die einschneidendste Maßnahme der öffentlichen Jugendhilfe. Ihr Ziel ist, die Verwahrlosung von Minderjährigen unter 18 Jahren zu verhüten oder zu be-

seitigen. Die Fürsorgeerziehung wird in einer Anstalt oder einer geeigneten Familie unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten durchgeführt; sie kann vorläufig oder endgültig (also bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres) angeordnet werden. Am 31. März 1959 gab es in Schleswig-Holstein 1 617 Fürsorgezöglinge, davon standen 87% in der endgültigen und 13% in der vorläufigen Fürsorgeerziehung. Der größte Teil dieser Jugendlichen war männlich; nur ein Drittel war weiblich. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Zöglinge um 11% zurückgegangen.

Jugendgerichtshilfe leisten die Jugendämter, wenn ein Minderjähriger straffällig geworden ist. Die Jugendgerichte ziehen die Jugendämter in allen Abschnitten eines Strafverfahrens zur Mitarbeit heran. Im Rechnungsjahr 1958 konnte in 6 349 Fällen öffentliche Jugendgerichtshilfe ausgeübt werden; fast neun Zehntel der Betreuten waren männlich. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der erledigten Fälle um 13% zugenommen. He.

Vergleiche auch: "Die öffentliche Jugendhilfe 1955 und 1956" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 395 (Dezember) und "Die öffentliche Jugendhilfe im Rechnungsjahr 1958" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 683 (Dezember)

Die gerichtlichen Ehelösungen 1958

Im Jahre 1958 sind durch rechtskräftige Urteile auf Grund des geltenden Eherechts - Ehegesetz vom 20. Februar 1946 - 1 933 Ehen gelöst worden. Hiervon wurden 1 915 Ehen geschieden, 9 Ehen aufgehoben und 9 für nichtig erklärt. In 120 Fällen wurde auf Abweisung der Ehescheidungsklage erkannt.

Im Vergleich zum Vorjahr liegt nicht nur die Zahl der Ehescheidungen, sondern auch die Scheidungshäufigkeit 1958 niedriger. Im Berichtsjahr kamen auf 100 000 der Bevölkerung 84 Ehescheidungen. Somit lag die Scheidungshäufigkeit wie im Jahre 1956 unter der des Jahres 1939 mit 89. Vergleichszahlen für die Länder des Bundesgebietes liegen z. Z. für das Jahr 1957 vor. Die Scheidungshäufigkeit betrug für das gesamte Bundesgebiet (ohne Berlin-West) 81 auf 100 000 der Bevölkerung gegenüber 92 in Schleswig-Holstein. Nach den Stadtstaaten Hamburg (193) und Bremen (121) war die Scheidungshäufigkeit in Schleswig-Holstein am höchsten. Es folgen Hessen mit 88, Nordrhein-Westfalen mit 82, Bayern und Baden-Württemberg mit je 73, Niedersachsen mit 68 und Rheinland-Pfalz mit 66. Das Saarland hatte mit 28

Ehescheidungen auf 100 000 der Bevölkerung die niedrigste Scheidungshäufigkeit.

Tab. 1 Zahl und Häufigkeit der Ehescheidungen

Zeit	Ehescheidungen	
	Anzahl	auf 100 000 der Bevölkerung
1955	2 033	89
1956	1 899	84
1957	2 076	92
1958	1 915	84

Wie in den Vorjahren sind auch im Jahre 1958 neun Zehntel der Ehen wegen Ehebruchs oder anderer Eheverfehlungen geschieden worden. Nach Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft wurden 7% der Ehescheidungen ausgesprochen.

Die Aufgliederung der Ehescheidungen nach Gründen in Verbindung mit der Schuld ergibt, daß in 993 Fällen (51,9%) der Mann und in 167 Fällen (8,7%) die Frau für allein schuldig erklärt wurde. Bei den Ehescheidungen nach Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft wurde nur in 16 von 137 Fällen eine Schuld ausgesprochen. 634 Ehen (33,1%) wurden wegen beiderseitigen Verschuldens geschieden. Nach § 52,3 bzw. 53,2 (Ausspruch der Mitschuld des Klägers, ohne berechtigte Erhebung der Widerklage) lag in 50 Fällen ein Schuldausspruch gegen die Frau und in 59 Fällen ein Schuldausspruch gegen den Mann vor.

In der Ehedauer der geschiedenen Ehen zeigten sich gegenüber den Vorjahren keine wesentlichen Unterschiede.

Tab. 2 Die 1958 geschiedenen Ehen nach der Ehedauer

Ehedauer	1958 geschiedene Ehen	
	Anzahl	in %
bis unter 2 Jahre	152	8
2 " " 4 "	336	18
4 " " 6 "	240	13
6 " " 8 "	202	11
8 " " 10 "	180	9
10 " " 15 "	316	17
15 " " 20 "	166	9
20 und mehr Jahre	323	17
unbekannt	-	-
Insgesamt	1 915	100

Von den 1 915 geschiedenen Ehen waren 625, also 33% kinderlos, ebenfalls 33% der Ehen hatten 1 Kind, in 20% der Ehen lebten 2 Kinder, in 8% der Ehen 3 Kinder und in den übrigen geschiedenen Ehen 4 und mehr Kinder. Kl.

Vergleiche auch: "Die gerichtlichen Ehelösungen im Jahre 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 311 (Dezember) und "Die gerichtlichen Ehelösungen im Jahr 1957" in Wirtschaft und Statistik 1958, S. 607 (November)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 598	2 269	2 273	2 274	2 276	2 289	2 289
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*Anzahl	1000	856 ^a	639	640	640	641	642	642
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28	28
Zugewanderte ²⁾										
*Anzahl	1000	134 ^a	143	145	145	145	149	150
in % der Wohnbevölkerung		5	6	6	6	6	7	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*Anzahl		2 078	1 654	1 430	1 552	1 595	1 296	1 820
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		9,6	8,8	7,4	8,3	8,3	6,9	9,4
Lebendgeborene ⁴⁾										
*Anzahl		3 448	2 867	2 750	2 784	3 115	3 079	2 968
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		15,9	15,2	14,2	14,9	16,1	16,4	15,3
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
insgesamt										
*Anzahl		2 059	2 173	2 032	2 040	2 310	1 943	2 154
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		9,5	11,5	10,5	10,9	12,0	10,3	11,1
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	93	93	79	91	83	87
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,3	3,4	2,8	2,9	2,7	2,9
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+ 1 389	+ 694	+ 718	+ 744	+ 805	+ 1 136	+ 814
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,7	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,2	+ 6,0	+ 4,2
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		2 173	1 823	1 915	1 606	1 669	1 484	1 953
Zugewanderte		.	903	1 176	948	1 089	883	1 202
*Fortzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		9 662	1 837	2 317	1 763	1 649	1 603	2 363
Zugewanderte		.	657	958	817	676	755	1 067
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)										
darunter										
Vertriebene		- 7 489	- 14	- 402	- 157	+ 20	- 119	- 410
Zugewanderte		.	+ 246	+ 218	+ 131	+ 413	+ 128	+ 135
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾										
Wanderungsfälle ⁶⁾										
insgesamt										
Anzahl		31 221	22 452	27 054	22 712	20 919	20 490	29 647
auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr ⁷⁾		198	170	200	177	156	154	218
darunter										
Umsiedler		6 329 ^b	609	553	737	710	482	516	462	p 516
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	326	239	343	413	246	200	263	p 254
Baden-Württemberg		2 602	43	35	81	62	24	16	43	p 33
Rheinland-Pfalz		2 928	10	21	11	13	21	21	8	p 13
Hessen		238	12	5	6	25	29	10	28	p 2
Hamburg		41	218	253	296	197	162	269	120	p 214
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	...
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	741 ⁺	.	.	715	770	.	.	745
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	494 ⁺	.	.	477	519	.	.	499
*Arbeitslose										
insgesamt										
Anzahl	1000	210	50	31	37	65	17	19	23	41
je 100 Arbeitnehmer		25,2	6,3	3,9	4,7	8,3	2,2	2,4	2,9	5,2
darunter										
*Männer	1000	146 ^c	31	15	20	43	9	10	13	27
Vertriebene	1000	119 ^c	18	.	.	20	5	.	.	12

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
+ = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte
a) am 13. 9. 1950 b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	1 129 ^d	.	.	1 129	.	.	.	p1 185
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	426 ^d	.	.	426	.	.	.	p 441
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 279 ^d	.	.	1 279	1.346	.	.	p1 326
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	126 ^d	.	.	126	138	.	.	p 135
darunter										
*trächtig	1000	68 ^d	77 ^d	.	.	77	87	.	.	p 86
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	14	28	20	14	23	36	24	...
*Kälber	1000 St	14	5	5	5	6	2	4	5	...
*Schweine	1000 St	45	81	66	89	110	66	70	95	...
darunter										
*Hausschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ^e	15 ^f	4	26	42	1	5	26	...
*Gesamtschlachtgewicht (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,3	11,9	10,3	9,6	11,0	14,6	12,1	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,0	6,1	4,4	3,1	4,8	8,3	5,3	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	5,4	5,5	6,0	5,8	5,9	6,4	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	221	241	225	214	235	238	...
*Kälber	kg	26	49	43	47	48	59	46	44	...
*Schweine	kg	98	89	87	88	88	90	90	92	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	142	96	105	122	104	91	107	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	7,2	8,1	9,2	8,1	6,9	8,4	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	87	85	84	84	88	85	85	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	164	164	162	159	166	167	166	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	136	136	134	131	137	138	137	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 439	26 301	24 198	24 063	25 088	26 060	24 591	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	53,1	55,0	52,1	59,1	56,9	58,5	57,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	16,5	16,3	16,6	21,5	17,5	17,7	18,5	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	74	81	80	81	57	69	68	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 858	12 194	10 988	9 961	9 711	10 110	10 381	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	31	36	38	39	42	47	49	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	72	81	79	76	79	83	84	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	21	25	24	23	19	26	26	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	479	510	549	524	529	513	540	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mill. DM	10	65	63	103	65	65	40	92	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^g	224	233	251	240	252	251	263	...
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		107	592	584	601	585	618	601	599	...
Industrie der Steine und Erden		111	193	243	221	173	283	r 267	241	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	157	141	134	155	113	110	106	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	112	115	112	110	139	140	146	...
Mineralölverarbeitung		117	688	592	727	846	1 130	895	769	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	741	797	760	752	867	835	961	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	99	105	92	83	103	104	104	...
papierherzeugenden Industrie		102	256	260	284	231	273	275	305	...
Schiffbaues		126	311	324	322	336	309	r 299	309	...
Maschinenbaues		134	272	264	380	353	267	277	260	...
elektrotechnischen Industrie		144	508	475	596	519	581	519	565	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	608	544	639	840	719	696	769	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	166	174	185	182	204	203	240	...
lederherzeugenden Industrie		97	115	103	111	110	115	110	122	...
Schuhindustrie		102	216	209	235	175	198	202	239	...
Textilindustrie		118	194	192	189	186	195	r 192	206	...
Bekleidungsindustrie		115	127	138	127	95	141	142	126	...
Fleischwarenindustrie		137	169	178	186	166	193	r 194	211	...
fischverarbeitenden Industrie		143	189	264	244	185	289	r 285	261	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	121	73	88	101	81	69	95	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	227	259	259	191	248	239	241	...
Bauproduktion		92	189	226	234	195	242	231	244	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	110	125	127	132	116	123	124	...
*Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	143	156	160	170	152	166	171	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mill. cbm	11	17	17	18	19	15	17	17	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte		39 835	55 228	63 405	61 344	52 250	p62168	p61936
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 286	11 511	10 447	9 069	p11126	p10835
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 157	5 125	4 835	4 293	p5 245	p5 035
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	22,4	28,3	25,9	24,4	p 29,3	p 29,2
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,5	1,5	1,5	2,0	p 1,6	p 1,6
*Umsatz	Mill. DM	24,3	70,3	93,1	85,0	91,4	p 92,4	p100,6
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	922	1 483	1 004	939	1 364	984	1 165	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	458	490	493	387	619	633	537	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	60,9	91,0	64,4	56,3	82,9	64,8	89,1	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	42,4	66,6	46,5	43,5	65,6	46,8	69,5	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 069	1 418	1 098	957	1 357	1 118	1 409	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	691	1 048	750	691	999	681	1 033	...
*Wohnungen 20)		2 306	2 109	3 256	2 295	2 050	2 809	2 012	3 124	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 879	2 998	2 082	1 881	2 570	1 762	2 939	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	1 533	1 926	1 594	7 720	2 194	2 394	2 342	...
Wohnräume 22)		4 926	6 064	7 849	6 401	30 914	8 828	9 373	9 265	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1958=100	.	100	100	98	147	97	107	102	...
davon										
*Nahrungs- und Genussmittel		.	100	99	95	129	104	110	101	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	103	105	183	77	103	104	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	108	113	165	100	111	115	...
*Sonstige Waren		.	100	98	95	145	104	104	101	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	308	234	472	395	415	608	p12339	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 211	892	1 472	2 614	1 344	1 144	p 722	...
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	8 126	7 699	9 160	10 942	11 135	14 136	15 028	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	28 087	32 945	32 417	26 369	38 492	40 113	41 223	...
Ausfuhr nach Warengruppen 23)										
*insgesamt	Mill. DM	7,2	67,7	53,7	72,7	83,7	72,7	89,2
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	5,1	5,0	5,7	6,7	6,9	7,7
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	62,6	48,7	67,1	77,0	65,8	81,6
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,0	2,0	1,6	1,7	2,9	3,1
*Halbwaren	Mill. DM	2,3	4,8	3,8	5,4	5,4	5,2	7,8
*Fertigwaren	Mill. DM	4,0	55,8	42,9	60,0	69,9	57,6	70,7
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	2,8	3,2	2,7	4,2	2,9	3,6
*Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	53,0	39,7	57,3	65,6	54,7	67,1
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)										
Großbritannien	Mill. DM	0,1	3,2	2,8	2,3	4,3	3,5	25,7
Niederlande	Mill. DM	0,6	6,1	3,2	3,7	5,1	3,9	19,3
Dänemark	Mill. DM	0,8	3,7	3,2	2,8	4,5	4,3	6,7
Schweden	Mill. DM	0,6	6,3	5,4	3,8	4,3	2,4	4,7
Belgien	Mill. DM	0,5	1,7	2,1	1,7	1,4	1,6	3,7
Schweiz	Mill. DM	0,3	1,9	2,1	2,5	1,9	2,6	3,0
USA	Mill. DM	0,3	1,8	1,7	2,5	2,9	3,2	2,8
Italien	Mill. DM	0,2	1,7	1,6	2,2	1,2	2,7	2,6
VERKEHR										
Seeschifffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	371	443	384	374	460	409
Güterversand	1000 t	86	102	110	104	101	138	124
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	126	126	150	151	127	126	134	...
*Güterversand	1000 t	.	195	259	220	205	300	264	214	...

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955; Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 - 1955; Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950; Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1959 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1958/59 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959				
		Monats-Durchschnitt			Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: VERKEHR											
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾											
Schiffsverkehr											
Schiffe		3 939	5 645	6 567	6 223	5 693	7 302	6 962	6 171	...	
darunter											
deutsche	%	64,0	65,5	65,4	64,1	63,5	66,7	65,8	63,6	...	
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 795	3 102	3 195	3 068	3 316	3 398	3 371	...	
darunter											
deutscher Anteil	%	23,3	30,3	30,9	31,3	27,6	32,2	30,8	28,0	...	
Güterverkehr											
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 840	4 372	4 511	4 466	4 625	4 624	4 989	...	
und zwar											
auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	33,7	34,0	30,7	34,5	33,2	30,0	...	
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 906	2 053	1 964	2 247	2 095	2 421	2 599	...	
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 935	2 319	2 548	2 219	2 530	2 403	2 390	...	
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
*insgesamt		1 244	3 262	3 534	2 550	2 670	3 792	3 886	2 947	...	
darunter											
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	227	93	49	30	121	94	52	...	
*Personenkraftwagen		398	2 107	2 369	1 740	1 922	2 492	2 764	2 054	...	
*Kombinationskraftwagen			175	177	153	139	181	178	165	...	
*Lastkraftwagen		247	293	348	279	283	334	313	286	...	
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle insgesamt		826	2 513	2 817	2 484	2 869	2 955	p3 084	
davon											
*mit Personenschaden		417	918	1 084	891	903	1 234	p1 168	
nur mit Sachschaden		409	1 595	1 733	1 593	1 966	1 721	p1 916	
*Getötete Personen ²⁶⁾		17	40	48	56	72	59	p 72	
*Verletzte Personen		493	1 130	1 282	1 056	1 108	1 536	p1 455	
Fremdenverkehr ²⁷⁾											
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^h	112 ^h	73	56	43	132	81	61	...	
darunter											
*Auslandsgäste	1000	2 ^h	15 ^h	9	5	5	18	10	6	...	
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^h	681 ^h	254	186	143	842	280	197	...	
darunter											
*Auslandsgäste	1000	5 ^h	33 ^h	13	9	9	37	17	11	...	
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB)											
*Kredite an Nichtbanken ²⁸⁾	Mill. DM	741 ⁱ	3 105 ⁱ	3 048	3 078	3 105	3 491	3 531	
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ⁱ	939 ⁱ	924	928	939	1 017	1 014	
darunter											
*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	428 ⁱ	928 ⁱ	915	920	928	1 015	1 006	
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ⁱ	2 165 ⁱ	2 124	2 149	2 165	2 474	2 517	
darunter											
*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ⁱ	1 864 ⁱ	1 829	1 852	1 864	2 132	2 167	
*Einlagen von Nichtbanken ²⁸⁾	Mill. DM	408 ⁱ	2 067 ⁱ	1 996	2 037	2 067	2 402	2 388	
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ⁱ	1 012 ⁱ	978	1 013	1 012	1 184	1 147	
darunter											
*von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ⁱ	837 ⁱ	823	844	837	948	936	
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ⁱ	1 054 ⁱ	1 018	1 024	1 054	1 218	1 241	
darunter											
*bei Sparkassen	Mill. DM	94 ⁱ	706 ⁱ	680	685	706	818	833	843	...	
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	9	57	54	52	121	58	63	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	41	37	46	88	38	41	
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	9	7	8	6	8	5	10	...	
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	2	2	1	2	5	3	-	...	
Wechselproteste	Anzahl	682	636	690	632	746	661	702	
Wert	1000 DM	517	465	542	562	584	415	491	
STEUERN ²⁹⁾											
*Landessteuern ³⁰⁾	1000 DM	14 273	45 375	37 833	42 453	79 774	86 105	38 743	39 505	...	
darunter											
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	14 013	19 797	16 623	11 287	17 561	20 936	17 862	...	
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	15 925	7 639	7 526	39 684	44 066	9 343	9 937	...	
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	428	141	86	532	31	216	99	...	
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 322	3 227	8 800	21 554	17 172	738	1 424	...	
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 463	535	3 740	659	333	330	4 014	...	
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	3 596	3 561	3 259	3 630	4 023	4 193	3 468	...	
*Biersteuer	1000 DM	248	420	507	469	397	747	627	495	...	

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab April 1959 vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr 30) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer h) 1950; Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden (1. Vierteljahr geschätzt); für das Sommerhalbjahr (April - September) Mts. - ϕ 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen. Ab 1955; Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1958 Mts. - ϕ 168 000 Fremdenmeldungen mit 1 186 000 Übernachtungen, für das Sommerhalbjahr 1959 Mts. - ϕ 188 000 Fremdenmeldungen mit 1 370 000 Übernachtungen i) Stand: 31. 12.

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: STEUERN										
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	80 387	84 084	82 990	89 540	94 072	100180	93 516	...
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	29 801	31 345	32 538	31 133	33 245	35 792	35 689	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 034	1 192	1 049	967	1 243	1 193	1 207	...
*Zölle	1000 DM	1 381	7 838	8 520	8 338	7 743	7 876	9 859	8 360	...
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	41 359	42 816	42 568	49 474	51 565	53 079	48 157	...
darunter										
*Tabaksteuer	1000 DM	22 285	32 960	33 093	35 192	41 692	39 622	39 368	36 623	...
*Notopfer Berlin 31)	1000 DM	951	354	211	-1 503	224	143	157	104	...
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben 32)	1000 DM	5 569	5 396	4 520	12 416	2 622	2 649	7 494	12 438	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	56 397 ⁺	49 689 ^j	66 372 ^j
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 706 ⁺	6 844 ^j	6 962 ^j
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 565 ⁺	11 458 ^j	11 865 ^j
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	34 011 ⁺	27 191 ^j	43 157 ^j
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 115 ⁺	4 196 ^j	4 388 ^j
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	5 929 ⁺	6 025 ^j	6 293 ^j
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	100	99	99	98	98	99	p 100	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	131	132	132	132	133	p 134	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	125	125	125	125	124	124	125	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ^k	130 ^m	128	131	133	137	p 138	p 139	...
Preisindex für Wohngebäude insgesamt										
Bauleistungen am Gebäude	1954=100	...	116	.	117	.	.	.	p 125	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ^k	128 ^m	126	126	128	131	130	p 130	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	r 111	111	111	111	112	113	113	...
Preisindex für die Lebenshaltung 33)	1950=100	100	119	118	119	119	121	123	123	...
darunter										
Ernährung	100	100	126	123	124	125	129	131	133	...
Wohnung	100	100	120	121	121	121	123	123	123	...
Heizung und Beleuchtung	100	100	143	145	145	145	146	146	146	...
Bekleidung	100	100	104	104	104	104	105	106	106	...
Hausrat	100	100	112	112	112	112	112	112	112	...
LOHNE UND GEHALTER 34)										
Arbeiterverdienste in der Industrie 35)										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	116,69	.	118,98
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	124,34	.	126,53
*weiblich	DM	37,09	67,56	.	69,99
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	243,5	.	247,5
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	258,6	.	262,5
*weiblich	Pf	80,8	152,9	.	157,4
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std	49,2	47,9	.	48,1
*weiblich	Std	45,9	44,2	.	44,5
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std	.	44,5	.	45,5
*weiblich	Std	.	41,4	.	42,2
Angestelltenverdienste 35)										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	588	.	599
*weiblich	DM	.	382	.	392
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	697	.	703
*weiblich	DM	.	403	.	412
im Handel 36)										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	540	.	550
*weiblich	DM	.	331	.	334
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	554	.	565
*weiblich	DM	.	347	.	352
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	685	.	692
*weiblich	DM	.	391	.	402

+) = Vierteljahresdurchschnitt

31) ohne Abgabe auf Postsendungen 32) 1950; nur Soforthilfe-Abgaben 33) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 34) Effektiv-Verdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1958 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen. j) 1. 7. - 30. 9. k) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) m) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni)

Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Wohnbevölkerung ²⁾ insgesamt	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269
darunter											
Vertriebene ³⁾	JD	1000	912	839	754	699	653	630	624	637	639
Anzahl			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2
in % der Wohnbevölkerung ²⁾											
Zugewanderte ⁴⁾	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135	139	143
Anzahl			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3
in % der Wohnbevölkerung ²⁾											
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵⁾	30. 9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772
darunter in den Wirtschaftsbereichen											
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355
Handel und Verkehr	30. 9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171
Arbeitslose insgesamt	30. 9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27
Anzahl			21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.										
darunter											
Dauerarbeitslose ⁶⁾	30. 9.	1000	58	72	58	44	35 ^a	16 ^a	17 ^a	9 ^a	6 ^a
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR											
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ⁷⁾⁸⁾											
Anzahl	1. 5.	1000	467	436	407	384	359	346	330	317	308
je 1 000 Einwohner	1. 5.		177	172	165	160	154	151	145	141	136
VOLKSEINKOMMEN											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁹⁾	JS	Mill. DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	p5454	p5743 ^b
je Einwohner		DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	p2415	p2531 ^b
INDUSTRIE¹⁰⁾											
Beschäftigte											
Anzahl	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197
Umsatz ¹¹⁾	JS	Mill. DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744
darunter											
Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782
Index der industriellen Produktion											
einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	224
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN											
Baufertigstellungen											
Wohnungen ¹²⁾											
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5
Wohnräume ¹³⁾											
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0
HANDEL											
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt											
Ausfuhr	JS	1957=100	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	100
in % des Bundes		Mill. DM	1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	p811,9
VERKEHR											
Kraftfahrzeugbestand											
Kraftfahrzeuge insgesamt	1. 7.	1000	66 ^c	86 ^c	112	139	167	188	204	225	246
darunter											
Krafträder	1. 7.	1000	22 ^c	31 ^c	41	52	63	70	72	73	69
Pkw ¹⁴⁾	1. 7.	1000	20 ^c	27 ^c	34	42	54	65	75	92	113
Lkw	1. 7.	1000	16 ^c	19 ^c	23	26	28	28	27	28	28
ÖFFENTLICHE FÖRSORGE¹⁵⁾											
Lfd. unterstützte Personen insgesamt	31. 3.	1000	114,6	85,1	69,0	72,7	73,3	70,5	61,2	72,5	64,9
je 1 000 Einwohner	31. 3.		43,4	33,5	27,9	30,2	31,4	30,7	27,1	32,2	28,7
Gesamt-Aufwand	Rj. (JS)	Mill. DM	62,0	64,4	66,0	73,5	77,1	73,4	83,1	85,6	90,7
je Einwohner	"	DM	24	26	27	31	33	32	37	38	40
STEUERN											
Bundessteuern	Rj. (JS)	Mill. DM	536	617	682	647	645	775	864	909	965
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277	338	380	403	425
Landessteuern ¹⁶⁾	"	Mill. DM	171	251	329	345	366	347	414	456	544
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182	202	240
Gemeindesteuern	"	Mill. DM	119	140	158	170	183	192	209	222	249
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	93	98	110

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj. = Rechnungsjahr 2) 1950 bis 1955: berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1956: berechnet auf Grund der ab 25. 9. 1956 zurückgeschriebenen und ab 26. 9. 1956 fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1957 und 1958: berechnet auf Grund der fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 3) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952: wie Anmerkung 1, Tabelle Monats- und Vierteljahreszahlen 4) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tabelle Monats- und Vierteljahreszahlen 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) über 52 Wochen in der Alhi Unterstützte 7) Stand 1950 - 1952: 15. 5., 1958: 2. 5. 8) ohne Minderheitschulen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1958: Normalbau 13) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 14) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 15) einschl. Tbc-Hilfe 16) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer
a) Stand: 31. 8. b) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt c) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

KREISZAHLEN

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 30. 9. 1959				Industrie ⁴⁾		
	insgesamt	darunter Vertriebene ²⁾		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		Beschäftigte am 30. 11. 1959	Umsatz ⁵⁾ in Mill. DM im Nov. 1959
		Anzahl	in %	1939 ³⁾	1950 ³⁾		
Flensburg	96 539	23 575	24	+ 36	- 6	7 331	17,2
Kiel	268 764	58 816	22	- 2	+ 4	33 450	67,9
Lübeck	231 456	74 969	32	+ 50	- 3	34 722	108,6
Neumünster	72 886	20 685	28	+ 35	- 1	11 684	22,3
Eckernförde	65 219	20 416	31	+ 54	- 23	1 601	4,0
Eiderstedt	19 195	3 625	19	+ 27	- 27	359	1,4
Eutin	89 214	31 137	35	+ 73	- 17	3 956	13,9
Flensburg-Land	63 388	14 147	22	+ 42	- 20	727	1,3
Hzgt. Lauenburg	130 244	45 854	35	+ 79	- 13	8 901	19,4
Husum	62 185	11 370	18	+ 31	- 21	773	1,5
Norderdithmarschen	57 909	14 543	25	+ 31	- 25	949	3,0
Oldenburg (Holstein)	78 447	23 263	30	+ 48	- 21	1 071	4,7
Pinneberg	207 404	65 107	31	+ 86	+ 4	18 718	71,9
Plön	108 103	29 929	28	+ 60	- 13	1 721	6,9
Rendsburg	155 712	43 148	28	+ 59	- 15	9 548	27,5
Schleswig	98 415	22 106	22	+ 27	- 23	3 799	24,4
Segeberg	92 091	28 711	31	+ 71	- 17	4 260	13,0
Steinburg	122 759	36 187	29	+ 43	- 21	9 117	33,2
Stormarn	137 742	45 902	33	+ 103	- 6	6 989	68,1
Süderdithmarschen	72 328	17 316	24	+ 34	- 26	5 000	26,8
Südtondern	58 775	10 981	19	+ 27	- 18	1 231	3,4
Schleswig-Holstein	2 288 775	641 787	28	+ 44	- 12	165 907	540,3

Kreisfreie Städte und Landkreise	Straßenverkehrsunfälle im 3. Vj. 1959			Einnahmen aus Gemeindesteuern im 1. Rhj. 1959			
	Unfälle	Getötete ⁶⁾	Verletzte	insgesamt in 1 000 DM	darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
					in 1 000 DM	je Einwohner	
						in DM	Veränderung in % gegenüber 1. Rhj. 1958
Flensburg	507	5	225	6 106	4 274	44,63	+ 42
Kiel	1 296	5	609	24 075	18 003	67,71	+ 43
Lübeck	1 165	12	566	24 769	18 868	81,84	+ 70
Neumünster	386	5	218	5 879	4 058	55,49	+ 21
Eckernförde	300	7	157	2 351	1 110	16,76	+ 37
Eiderstedt	87	5	42	1 061	345	18,08	+ 48
Eutin	569	10	251	4 586	2 311	25,99	+ 46
Flensburg-Land	220	6	153	1 946	736	11,69	+ 31
Hzgt. Lauenburg	452	9	269	6 233	3 624	27,87	+ 42
Husum	289	7	167	2 813	1 378	22,26	+ 66
Norderdithmarschen	219	2	120	2 829	1 305	22,47	+ 59
Oldenburg (Holstein)	371	7	175	3 854	1 734	22,39	+ 47
Pinneberg	804	8	427	12 368	8 579	41,98	+ 32
Plön	400	2	245	4 260	1 928	17,89	+ 46
Rendsburg	643	5	326	7 688	4 722	30,52	+ 53
Schleswig	416	9	178	4 171	2 211	22,56	+ 61
Segeberg	406	9	261	3 616	1 599	17,46	+ 12
Steinburg	448	9	224	7 128	4 669	38,22	+ 59
Stormarn	541	9	285	9 329	6 571	48,38	+ 125
Süderdithmarschen	239	4	126	3 915	2 175	29,89	+ 67
Südtondern	327	6	148	3 497	1 949	33,26	+ 14
Schleswig-Holstein	10 085	141	5 172	142 477	92 150	40,49	+ 51

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschrieben 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1959 4) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrierichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 5) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 6) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND*

Bezeichnung	Zeit Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Würtbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ^{1 2} in 1000	30.9.1959	52 959	2 289	1 820	6 536	687	15 618	4 692	3 375	7 536	9 350	1 056
darunter												
Vertriebene ³ in % der jew. Wohnbevölkerung	"	.	28	14	26	16	16	19	9	18	19	.
Zugewanderte ⁴ in % der jew. Wohnbevölkerung	"	.	7	9	7	8	7	7	5	6	4	.
Veränderung in % 30.9.1959 gegenüber VZ 1939	"	+ 32	+ 44	+ 6	+ 44	+ 22	+ 31	+ 35	+ 14	+ 38	+ 32	+ 19
30.9.1959 " 31.12.1950 ⁵	"	+ 10	+ 10	+ 15	- 3	+ 24	+ 19	+ 10	+ 13	+ 18	+ 3	+ 11
Bevölkerungsdichte ⁶ Einwohner je qkm	"	214	146	2 435	138	1 702	460	222	170	211	133	411
Unterricht, Bildung und Kultur												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1000	Mai 1957 ⁷	6 024 ^a	323	204	816	81	1 744	556	388	814	1 097	.
je 1000 Einwohner	"	119 ^a	143	115	126	123	116	122	118	112	120	.
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸ in 1000	30.9.1959	20 135	770	801	2 398	285	6 419	1 712	1 132	2 914	3 355	350
Arbeitslose in 1000	30.11.1959	231	23	7	45	5	57	13	11	8	58	3
je 100 Arbeitnehmer ⁹	"	1,1	2,9	0,9	1,9	1,8	0,9	0,8	0,9	0,3	1,7	0,7
Arbeitslose Vertriebene in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	30.9.1959	16,9	29,9	7,2	24,5	7,9	9,0	10,1	9,0	19,5	29,8	5,5
Volkseinkommen¹												
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in Mill. DM	1957	161 335 ^a	5 454	9 022	17 740	2 929	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017	.
	1958 ¹⁰	169 300 ^a	5 743	9 531	18 691	3 021	57 511	14 796	8 542	25 171	26 294	.
in DM je Einwohner	1957	3 197 ^a	2 415	5 089	2 735	4 472	3 698	3 041	2 498	3 239	2 732	.
	1958 ¹⁰	3 311 ^a	2 531	5 304	2 874	4 504	3 753	3 199	2 562	3 416	2 848	.
Landwirtschaft												
Erzeugung von Kuhmilch in 1000 t	Okt. 1959	1 368	91	2	229	2	189	96	68	214	469	9
in kg je Kuh und Tag	"	7,9	6,9	7,2	7,5	8,4	7,8	7,8	6,7	8,0	8,5	7,2
Industrie												
Beschäftigte ¹¹ in 1000	30.9.1959	7 570	166	230	673	107	2 785	618	345	1 342	1 127	175
je 1000 Einwohner	"	143	73	126	103	156	178	132	102	178	121	166
Umsatz ¹¹ insgesamt in Mill. DM	Sept. 1959	20 780	529	1 100	2 066	452	7 819	1 562	927	3 314	2 662	349
darunter												
Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 159	65	139	347	83	1 135	286	147	456	375	127
Produktionsindex ¹² (arbeitsmäßig; 1950 = 100)	"	p 230	253	p 230	254	275	.	.	.	254	240	.
Bauwirtschaft^{1 13} und Wohnungswesen												
Beschäftigte in 1000	30.9.1959	1 417	62	48	184	21	413	117	80	204	253	33
je 1000 Einwohner	"	26,8	27,2	26,6	28,2	31,2	26,4	25,0	23,8	27,1	27,1	31,6
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt in Mill. je Einwohner	Sept. 1959	246	11	8	33	4	71	20	14	35	44	6
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁴ Anzahl	Okt. 1959	53 313	2 012	1 393	7 023	1 312	15 377	4 691	2 934	8 675	9 075	321
je 10 000 Einwohner	"	10,1	8,8	7,7	10,8	19,2	9,9	10,0	8,7	11,6	9,7	7,8
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	59 905	2 394	1 275	6 869	1 597	17 911	3 086	2 936	12 097	10 890	850
je 10 000 Einwohner	"	11,3	10,5	7,0	10,5	23,4	11,5	6,6	8,7	16,1	11,7	8,1
Ausfuhr												
Ausfuhr insgesamt in Mill. DM ¹	Sept. 1959	3 582 ^b	73	168	372	78	1 190	334	160	559	360	141
Verkehr												
Straßenverkehrsunfälle ¹ insgesamt	3.Vj. 1959	225 360	9 731	12 154	24 041	3 592	64 166	21 753	14 443	32 090	39 559	3 831
je 10 000 Einwohner	"	43	43	67	37	52	41	46	43	43	42	36
Getötete Personen Anzahl	"	3 872	137	58	548	23	1 043	315	334	551	801	62
je 1000 Unfälle	"	17	14	5	23	6	16	14	23	17	20	16
Steuern												
Steueraufkommen je Einwohner in DM												
Landessteuern ¹⁵	2.R.vj. 1959	111 ^a	73	235	87	157	128	121	69	116	87	.
Bundessteuern ¹⁶	"	115 ^a	124	463	87	271	121	82	88	102	82	.
Gemeindesteuern	"	40 ^a	32	60	34	53	46	39	33	42	32	.
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen je Einwohner in DM	31.10.1959	746 ^a	542	1 064	695	865	792	738	651	764	706	.

* ohne Berlin (West)

1) vorläufige Zahlen 2) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungstatistik 1956 3) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 5) berechnet auf die rückwirkend berichtigte Bevölkerungszahl auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungstatistik 1956 6) Gebietsstand: 31.12.1958 7) Bayern: 1. Oktober 1957 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte 9) Beschäftigte und Arbeitslose 10) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt 11) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 12) Gesamtindex (ohne Bau) 13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 14) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 15) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (35 % im Rechnungsjahr 1959) 16) einschl. Notopfer Berlin a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z.B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmont Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Neu erschienen:

Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1959

218 Seiten, 9,- DM

Statistik von Schleswig-Holstein

Heft 30: „Die öffentlichen Haushaltsrechnungen
- Rechnungsjahr 1957 -“

82 Seiten, 7,- DM

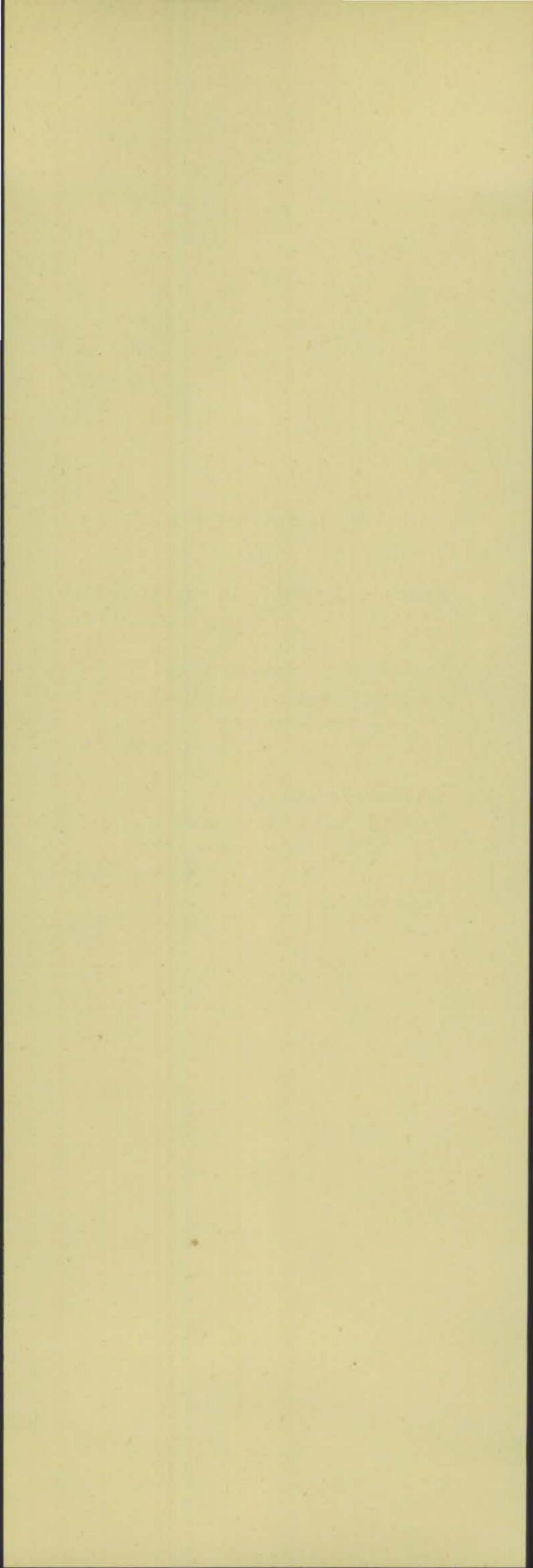
Statistische Berichte

C II 3 „Die Umsätze und Ihre Besteuerung
in Schleswig-Holstein im Jahre 1958“

46 Seiten, 3,50 DM

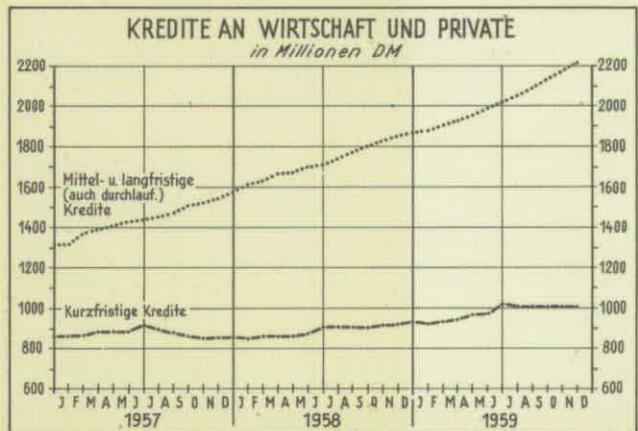
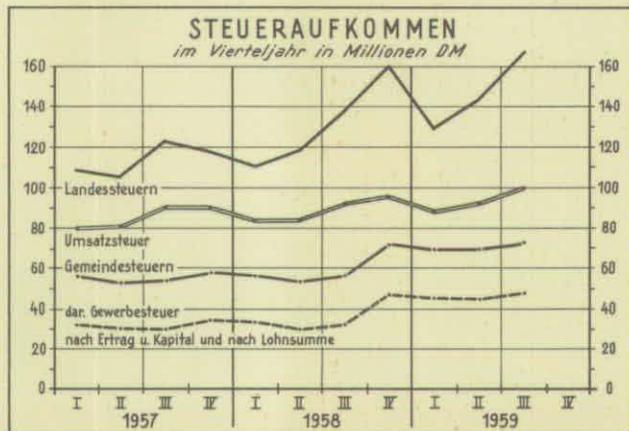
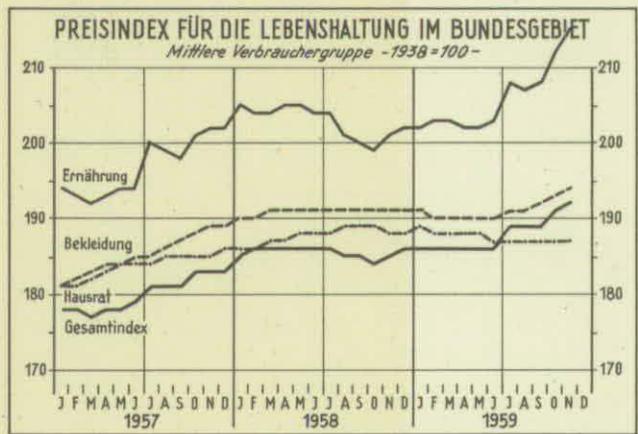
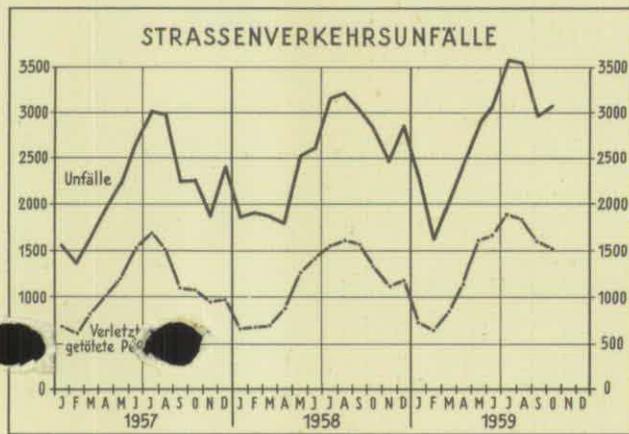
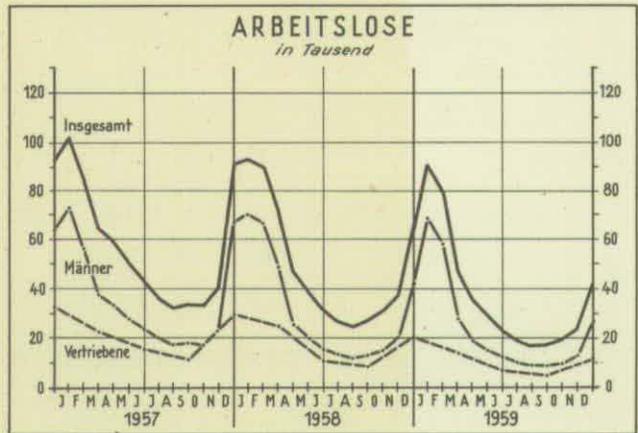
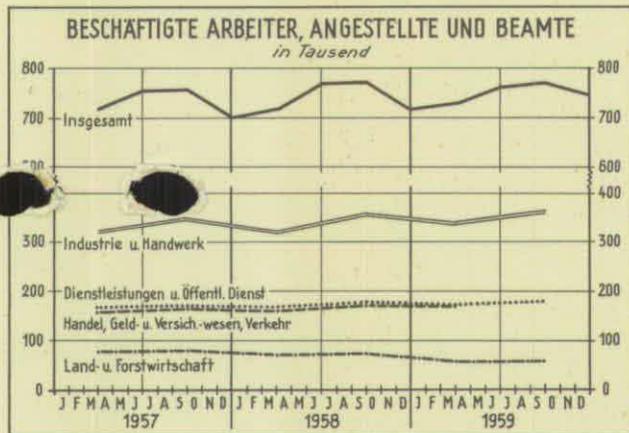
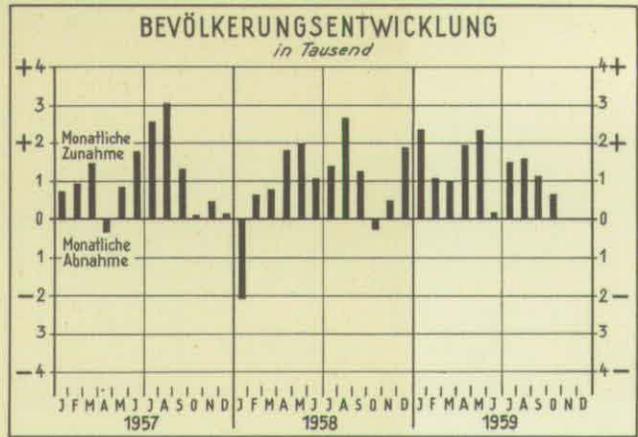
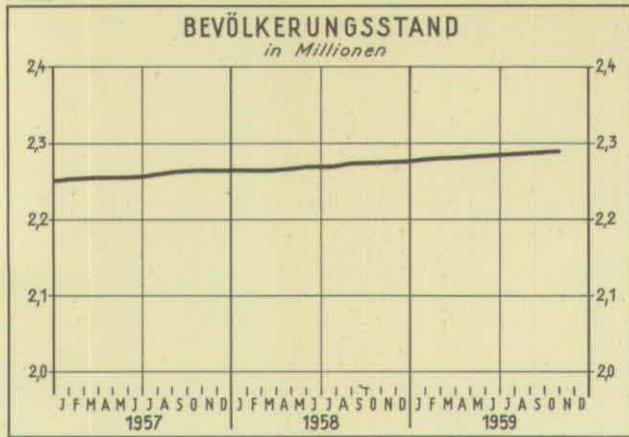
L0/Lohnsteuerstatistik 1957

16 Seiten, 2,50 DM

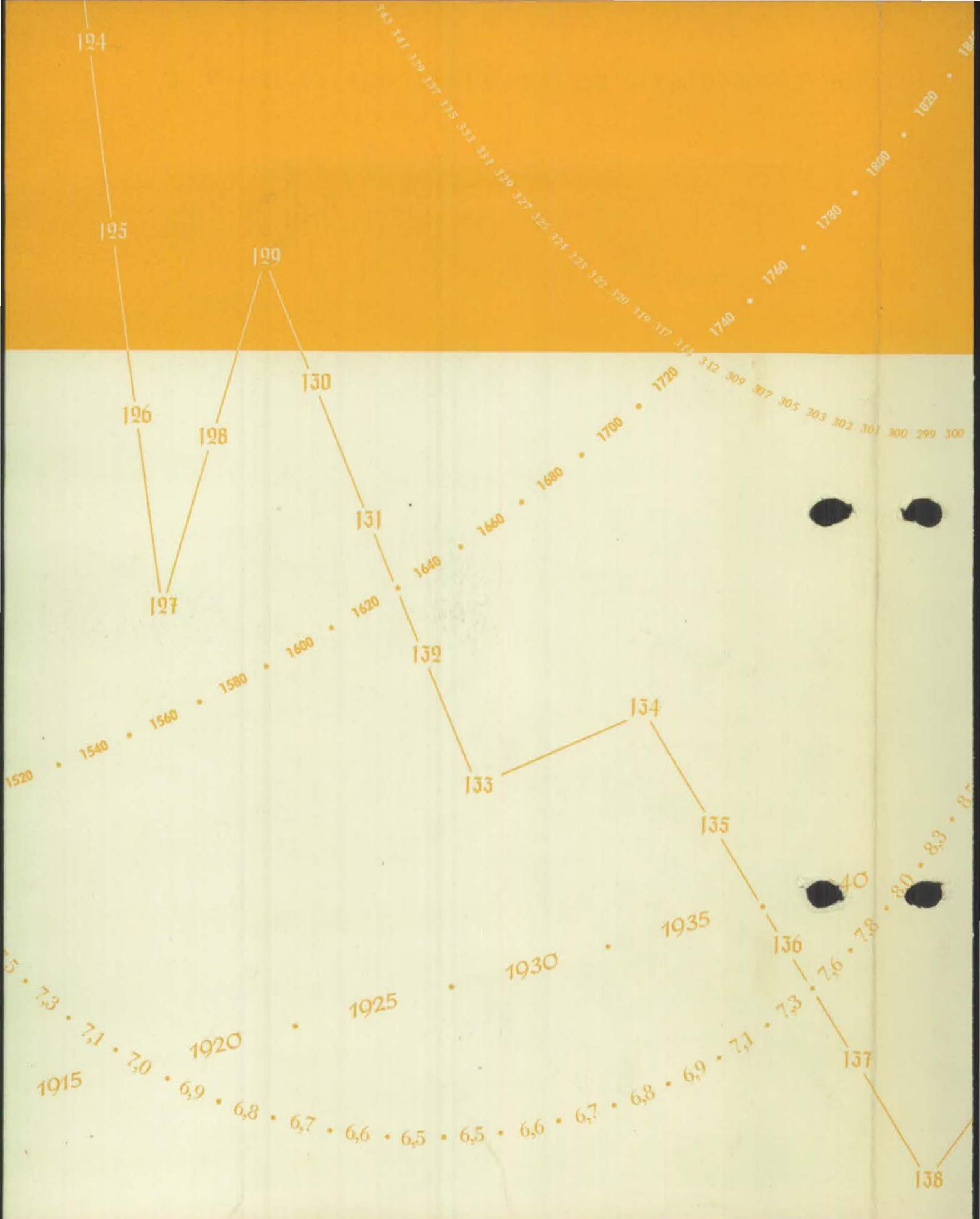


SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*

D-2663



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie; Index der industriellen Produktion; Industriebeschäftigte; Industrieumsatz, dar. Auslandsumsatz; Arbeitsverdienste; Beschäftigtenzahl und Produktionsindex für Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke, Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen